Bergischer Volksbote

Amtliches Verkündigungs-Blatt

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- u. Feiertags
Bezugspreis: Monatlich durch unsere Boten gebracht einschließlich aller Beilagen 2 RM

Burscheider Zeitung

für die Stadtgemeinde Burscheid

Anzeigenpreise: 1 mm Höhe u. 45 mm Breite im Anzeigenteil 8, auswärts 12, im Reklameteil (65 mm breit) 30 Rpf — Anzeigen-Rabatt wird nur gewährt bei pünktlicher Zahlung

Beilagen Der Sport vom Sonntag (Montag), Unterhaltungsbeilage (Dienstag), Aus dem Reiche der Frau (Mittwoch) Unterhaltungs-Beilage (Donnerstag), Landmanns Sonntags-Blatt (Freitag), Der Sonntag (Samstag)

Nr. 140 | Redaktion u. Geschäftsstelle Burscheid, Mittelstraße 10 | Burscheid, Freitag, 17. Juni 1932 | Postscheckkonto 28571 Köln Fernsprech-Anschluß Nr. 431 | 72. Jahrgang

Uniform- und SA-Verbot aufgehoben

Die neue Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen

Das Wolffbüro verbreitet unterm 16. Juni folgendes:

Entsprechend ihrer Erklärung bei der Uebernahme der Geschäfte hat die Reichsregierung dem Herrn Reichspräsidenten Vorschläge zur Milderung der im März 1931 erlassenen politischen Ausnahmevorschriften gemacht, die in der Verordnung gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni 1932 enthalten sind.

Reichspräsident und Reichsregierung lassen sich bei den neuen Vorschriften von der Absicht leiten, die durch die früheren Notverordnungen erheblich eingeschränkte politische Freiheit namentlich für die wichtige bevorstehende Wahlentscheidung teilweise wieder herzustellen.

Die Reichsregierung wollte an den einzelnen bisherigen Notverordnungen keine Streichungen, Ergänzungen und Aenderungen vornehmen. Sie hat vielmehr

die Vorschriften, die nunmehr rechtens sind, in einer neuen Verordnung zusammengestellt, um sowohl der Bevölkerung einen klaren Ueberblick über die Bestimmungen zu geben, die gelten, als auch den Behörden die richtige Anwendung zu erleichtern.

Ein Vergleich der aufgehobenen Verordnungen mit der neuen ergibt, daß die bisherigen Vorschriften weitgehend gemildert sind.

Auf dem Gebiete des Versammlungsrechts

sind die Bestimmungen über die Anmeldung und das Verbot von öffentlichen politischen Versammlungen, von Versammlungen und Aufzügen unter freiem Himmel und von den sogenannten Lastwagenfahrten gestrichen. Ein vorheriges Verbot von solchen Versammlungen und Aufzügen ist auf Grund der neuen Verordnung nicht mehr gegeben. Diese Erleichterung ist im Hinblick auf den bevorstehenden Wahlkampf getroffen. Sollte jedoch die Wiederherstellung der Versammlungsfreiheit zu Störungen der öffentlichen Ruhe führen, so ist dem Reichsminister des Innern die Ermächtigung gegeben, erneut für das Reichsgebiet oder einzelne Teile Bestimmungen über die Anmeldung und das Verbot von Versammlungen zu treffen. Die Befugnis der zuständigen Landes- und Ortspolizeibehörden, Versammlungen unter freiem Himmel wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit auf Grund des Artikels 123 Absatz 2 der Reichsverfassung zu verbieten, ist durch die neuen Vorschriften selbstverständlich nicht berührt.

Die Befugnis der Polizei, öffentliche politische Versammlungen sowie Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel aufzulösen, ist aus dem bisherigen Recht übernommen, mit der Einschränkung, daß der Auflösungsgrund der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung weggefallen ist. Die Klagen über die zu weit gehende Fassung dieser Bestimmung und ihre zu sehr in das Ermessen der überwachenden Polizeibeamten gestellte Anwendung waren so lebhaft geworden, daß die Reichsregierung glaubte, die Auflösungsbefugnis der Polizei auf bestimmte, abgegrenzte Tatbestände einschränken zu sollen. Im übrigen unterliegen unfriedliche Versammlungen ohne weiteres der Auflösung durch die Polizei. Mit Rücksicht auf ein kürzlich ergangenes Urteil des Reichsgerichts war es notwendig, die Vorschrift des Vereinsgesetzes über die Befugnis der Polizeibehörden, in jeder öffentliche Versammlung Beauftragte zu entsenden, wiederherzustellen.

Vollständig aufgehoben werden durch die neue Verordnung sämtliche einschränkenden Bestimmungen über

Plakate und Flugblätter politischen Inhalts.

Die Möglichkeit, gegen Plakate, Flugblätter und sonstige Druckschriften der kommunistischen Gottlosenbewegung vorzugehen, ist jedoch durch die nach wie vor in Geltung befindliche Verordnung des Reichspräsidenten über die Auflösung der kommunistischen Gottlosenorganisation vom 3 Mai ds. Js. weiterhin gegeben.

Im übrigen sind die Vorschriften über die

Beschlagnahme und Einziehung von Druckschriften

einschließlich periodischer Druckschriften (Zeitungen) weggefallen. Dagegen haben die Bestimmungen über das Verbot periodischer Druckschriften im wesentlichen aufrecht erhalten werden müssen. Der bisherige Verbotsgrund der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der wegen seiner weitgehenden Fassung besonders zu Beanstandungen Anlaß gegeben hatte, ist jedoch durch einen neuen Verbotsgrund ersetzt worden, nach welchem das Erscheinen einer periodischen Druckschrift dann auf gewisse Dauer untersagt werden kann, wenn in ihr eine Veröffentlichung enthalten ist, die lebenswichtige Interessen des Staates dadurch gefährdet, daß unwahre oder entstellte Tatsachen behauptet oder verbreitet werden. Jedoch ist hier etwa an unwahre Behauptungen, durch welche die Währung oder Interessen der Landesverteidigung gefährdet werden, gedacht. Die Höchstdauer des Verbotes einer Tageszeitung ist von acht auf vier Wochen herabgesetzt worden.

Bleibt sonach die Presse gewissen Auflagen und Beschränkungen unterworfen, so wird der Reichsminister des Innern durch Ausführungsvorschriften dafür sorgen, daß Entgegnungen knapp gehalten, und daß vor der Anordnung eines Verbotes nach Möglichkeit zunächst der Weg der Verwarnung, einer von der Zeitung abzugebenden Erklärung oder einer von ihr zu veröffentlichenden amtlichen Entgegnung beschritten wird.

Zu denjenigen früheren Verordnungen, an deren Stelle die neue Notverordnung tritt, gehört auch die Verordnung vom 13. April 1932, durch welche die sogenannten militärähnlichen

Organisationen der NSDAP.

aufgelöst wurden. Der Herr Reichspräsident hatte schon alsbald nach dem Erlaß dieser Verordnung den Wunsch geäußert, daß

allgemeine und gleichmäßig anzuwendende Vorschriften für alle Verbände

solcher Art erlassen werden möchten. Als Ersatz für die Bestimmungen, die daraufhin zunächst in der Verordnung vom 3. Mai 1932 über politische Verbände getroffen worden waren, sind in die neue Verordnung Vorschriften aufgenommen worden, nach denen politische Verbände, deren Mitglieder in geschlossener Ordnung öffentlich aufzutreten pflegen, auf Verlangen des Reichsministers des Innern verpflichtet sind, ihm ihre Satzungen und sonstigen Bestimmungen über ihre Organisation und Tätigkeit vorzulegen. Die Verbände sind ferner verpflichtet, an diesen Bestimmungen und an ihrer Satzung jede Aenderung vorzunehmen und jeder Auflage nachzukommen, die der Reichsminister des Innern zur Sicherung der Staatsautorität für erforderlich hält. Nach der Festlegung dieses weitgehenden sich auf alle Verbände solcher Art erstreckenden Reichsaufsichtsrechts war es vom Standpunkt der gleichmäßigen Behandlung geboten, auch der NSDAP. bei der Neubildung solcher Verbände keine besonderen Schranken aufzuerlegen.

Schließlich ist auch das sogenannte

Uniformverbot in die neue Verordnung nicht wieder aufgenommen

worden. Die Reichsregierung hat sich zu seiner Aufhebung nicht ohne Bedenken entschlossen. Sie

erwartet, daß gerade die Wiederzulassung der Uniform die Führer in die Lage versetzen wird, unbedingte Disziplin unter den Mitgliedern der Verbände zu halten.

Sollte sie sich hierin getäuscht sehen, und die Wiederzulassung der sogenannten Parteiuniformen Zusammenstöße zwischen den Anhängern der gegnerischen Verbände zur Folge haben, so würde sie genötigt sein, mit scharfen Bestimmungen, zu denen ihr das oben erwähnte Aufsichtsrecht die Handhabe bietet, gegen die schuldigen Verbände einzuschreiten.

Haben sich somit Reichspräsident und Reichsregierung entschlossen, eine weitgehende Milderung der bisher bestehenden Ausnahmevorschriften eintreten zu lassen, so haben sie gerade deswegen geglaubt,

politische Gewaltaten mit strengen Strafen belegen

zu müssen. Wer glaubt, die im weiten Umfang wieder hergestellte politische Freiheit zu Gewalttaten gegen den politischen Gegner mißbrauchen zu können, den soll die ganze Schärfe des Gesetzes treffen. Die Reichsregierung erwartet von den Polizei- und Strafverfolgungsbehörden, daß sie mit Strenge gegen derartige Gewalttätigkeiten vorgehen, und die Täter rascher und fühlbarer Bestrafung zuführen werden.

Der Reichspräsident und die Reichsregierung erwarten von dem deutschen Volke und insbesondere von den politischen Parteien und Verbänden, daß die größere Freiheit des politischen Lebens, welche durch die neuen Vorschriften gewährleistet wird, nicht erneut zu einer Verwilderung der politischen Sitten führt, und daß sich die politischen Führer aller Grade ihrer Verantwortung für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung in Deutschland bewußt sind, und das ihre dazu tun, um die politischen Kämpfe in dem Rahmen zu führen, der einer gesitteten Nation würdig ist. Reichspräsident und Reichsregierung lassen andererseits keinen Zweifel darüber, daß, wenn diese Erwartungen sich als trügerisch erweisen sollten, neue und scharfe Ausnahmevorschriften die unvermeidbare Folge sein müßten.

Der Reichspräsident an den Reichsinnenminister

Der Reichspräsident hat an den Reichsminister des Innern Freiherrn von Gayl im Zusammenhang mit dem Erlaß der politischen Notverordnung folgendes Schreiben gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Reichsminister!

Anbei übersende ich Ihnen die von mir vollzogene Verordnung gegen politische Ausschreitungen zur Veröffentlichung.

Ich habe die mir von der Reichsregierung vorgeschlagenen weitgehenden Milderungen der bisherigen Vorschriften in dem Vertrauen darauf vorgenommen, daß der politische Meinungskampf in Deutschland sich künftig in ruhigeren Formen abspielen wird, und daß Gewalttätigkeiten unterbleiben. Sollte sich diese Erwartung nicht erfüllen, so bin ich entschlossen, mit allen mir verfassungsmäßig zustehenden Mitteln gegen Ausschreitungen jeder Art vorzugehen. Ich ermächtige Sie, diese meine Willensmeinung bekanntzugeben.

Mit freundlichen Grüßen bin ich

Ihr ergebener

gez. von Hindenburg.

Das Reich ist eine unzerreißbare Einheit

Der Reichsinnenminister über Notverordnung, Reich und Länder

Vor Vertretern der Presse führte **Reichsinnenminister Freiherr von Gayl** im Anschluß an die Veröffentlichung der Verordnung gegen politische Ausschreitungen im besonderen Hinblick auf das Verhältnis von Reich und Ländern folgendes aus:

Durch die ganze Presse sind in den letzten Tagen Mitteilungen über Meinungsverschiedenheiten gegangen, welche zwischen den Regierungen einiger Länder und der Reichsregierung über diese Notverordnung bestehen. Die Tatsache, daß einzelne Regierungen schwere Bedenken in der Aussprache der Herren Ministerpräsidenten mit dem Kabinett beim Empfang durch den Herrn Reichspräsidenten geäußert haben, ist richtig. Wir haben jede dieser Aeußerungen entgegengenommen, sorgfältig geprüft und gegen unsere eigenen Gedanken pflichtgemäß abgewogen. Unsere Entscheidung ist aber für die Verordnung in der heute vorliegenden Form gefallen.

Das Kabinett hat einen einmütigen Entschluß gefaßt. Der Herr Reichspräsident hat nach eingehenden Vorträgen die Verordnung vollzogen. Sie ist nunmehr geltendes Recht, das die Reichsregierung zu bewahren hat.

Meinungsverschiedenheiten zwischen einzelnen Länderregierungen und der Reichsregierung sind selbstverständlich. Das schließt nicht aus, daß, wie früher in anderen Fällen, auch bei der Durchführung dieser Verordnung ein gutes und sachgemäßes Zusammenwirken von Länderregierungen und Reichsregierung stattfinden wird. Ich lege den

größten Wert auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit allen Ländern.

Im Zusammenhang mit diesen Dingen ist in der Presse von einem Wiederaufrichten der

Mainlinie

die Rede gewesen.

Sachliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den süddeutschen Ländern und dem Reich können niemals ein Aufreizen einer längst überwundenen geschichtlichen Trennungslinie herbeiführen. Das Reich ist eine unzerreißbare Einheit.

Länderregierungen und Reichsregierung würden ein Wiederaufrichten der Mainlinie ebenso wenig dulden, wie das gesamte deutsche Volk ohne Unterschied der Partei. Zu Beginn der lebenswichtigen Konferenz von Lausanne kann das völlig unberechtigte Gerede von der Mainlinie dem deutschen Volk nur schweren Schaden bringen. Ich bitte die ganze deutsche Presse, dieses Thema überhaupt nicht mehr zu erörtern.

Ueber die Aufgaben der Presse

im allgemeinen führte der Minister u. a. aus: Ich halte es für selbstverständlich, daß die deutsche Presse — von wenigen Ausnahmen abgesehen — alles, was sie tut und unterläßt, nur unter dem Gesichtspunkt betrachtet, ob es unserm Volk nützt oder schadet. Ich habe aber manchmal doch das Gefühl, als ob das atemraubende Tempo der Arbeit der Presse nicht immer Zeit zu ruhiger Erwägung läßt. Umsomehr bedarf die Arbeit der Presse der Unterstützung durch die amtlichen Stellen, die das Kabinett ihr, soweit es irgend möglich ist, auch praktisch gewähren will.

Wir werden keine Geheimniskrämerei treiben.

sondern möglichst offen sein. Zielklarheit und Energie sind Voraussetzungen jeder brauchbaren Regierung, ebenso sehr aber sorgsames, von unnötiger Hast freies Abwägen aller Pläne. Ich bitte daher aus dieser Rückhaltung über demnächst zu verwirklichende Absichten nicht auf Mangel an Zielklarheit der Regierung zu schließen.

Daß die deutsche Presse sich grundsätzlich frei entfalten und wirken soll, haben wir bereits durch die heutige Notverordnung gezeigt, die, im Rahmen des in der aufgeregten Zeit Möglichen, Milderungen den bisher bestehenden Vorschriften bringen soll.

Ich werde als verantwortlicher Minister die Freiheit der Presse so wenig wie möglich und nur dann antasten, wenn die Wahrung der Staatsautorität es fordert. Ich vertraue darauf, daß auch die Tage des Wahlkampfes mir keinen Anlaß zum Einschreiten geben werden.

Die Verordnung in Süddeutschland

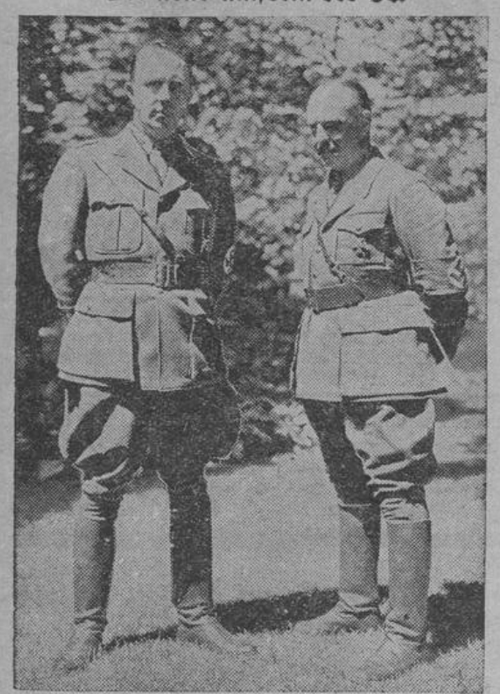
Amtliche Bekanntmachungen in Bayern und Baden

Amtlich wird in München am 16. Juni mitgeteilt: Das am 10. Juli 1931 erlassene und durch Anordnung vom 30. März 1932 bis 30. September 1932 verlängerte Verbot von politischen Versammlungen unter freiem Himmel, einschließlich der Aufzüge und Propagandafahrten, gleichviel ob uniformiert oder nicht uniformiert, bleibt durch die neue Notverordnung des Reichspräsidenten unberührt. Politische Versammlungen unter freiem Himmel und politische Aufzüge jeder Art sind also nach wie vor verboten. Nach der neuen Notverordnung werden nunmehr alle Zuwiderhandlungen gegen die auf Art. 123, Absatz 2 der Reichsverfassung gestützten Anordnungen dieser Art und damit auch Zuwiderhandlungen gegen das bayerische Aufzugsverbot mit Gefängnis bestraft. Ueber das Tragen von Uniformen bei bestimmten Anlässen werden für Bayern noch besondere polizeiliche Vorschriften ergehen.

*

Von amtlicher badischer Seite wird mitgeteilt: Durch die neue am 17. ds. Mts. in Kraft tretende Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen werden u. a. auch die aufgelösten Verbände der SA und SS wieder zugelassen und das bisher bestehende allgemeine Uniformverbot außer Kraft gesetzt. Bei der Besprechung dieser Angelegenheit mit den Minister- und Staatspräsidenten der Länder und mit den Bevollmächtigten zum Reichsrat ist von der Reichsregierung ausdrücklich erklärt worden, daß die Zuständigkeit der Länderregierungen zum Erlaß von Anordnungen für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung durch die neue Regelung nicht beeinträchtigt werden sollen. Mit Rücksicht auf die in Baden gegebenen Verhältnisse hat der Minister des Innern

Die neue Uniform der SA



Unser Bild zeigt den Berliner SA-Führer Graf Helldorf (links) mit der neuen Uniform der SA: ein Uniformrock, der im Schnitt dem der englischen Armee ähnelt, aus braunem Cordstoff mit Revers, flachem Kragen und vier Taschen. An Stelle der Bärenstiefel, die geschnürt wurden, tritt der braune lange Schaftstiefel. Die SS trägt dieselbe Uniform wie die SA, nur ist der Waffenrock schwarz

entsprechend einer früheren badischen Regelung ein allgemeines Uniformverbot ausgesprochen. Das in Baden bestehende Demonstrationsverbot bleibt durch die Verordnung unberührt. Das Verbot von Geländeübungen ist bis auf weiteres verlängert worden.

Die Durchführung der neuen Notverordnung in Hessen

Von hessischer amtlicher Seite wird u. a. mitgeteilt:

Das Verbot von politischen Versammlungen unter freiem Himmel, Demonstrationen, Aufzügen, Umzügen, Durchmärschen und Sammeltransporten aller Art tritt wieder in Kraft. Die für die Zeit des Wahlkampfes bis zum 18. Juni 1932 einschließlich erlassenen Erleichterungen für die Genehmigung von Versammlungen unter freiem Himmel und der dazu erforderlichen An- und Abmärsche in geschlossenen Gruppen durch die zuständigen Polizeibehörden bleiben bestehen.

Das bisher auch für Hessen bestehende allgemeine Uniformverbot ist durch die neue Reichsnotverordnung aufgehoben worden. Der hessische Innenminister bedauert diese Maßnahme, sieht sich aber zur Zeit außerstande, eine andere Regelung zu treffen.

Der badische Staatspräsident über die Ministerpräsidenten-Besprechung in Berlin

Der badische Staatspräsident Dr. Schmitt übergab der Oeffentlichkeit eine Erklärung über die Verhandlungen, die die süddeutschen Länderminister am 11. und 12. Juni mit dem Reichspräsidenten gepflogen haben. In dieser Erklärung heißt es u. a.:

Die süddeutschen Staaten,

so führte der badische Staatspräsident dem Reichspräsidenten gegenüber aus, seien

getragen von dem Gedanken der unverbrüchlichen Treue zum Reich.

Unter den Faktoren, auf die die Stärke des Reiches sich stütze, stünden in erster Reihe die Länder. Die Stärke der süddeutschen Länder zeige sich in ihrer

stabilen Landespolitik.

Regelmäßig hätten bisher schon unter den süddeutschen Ländern Konferenzen zwischen den Ministern ohne Rücksicht auf die verschiedenartige parteipolitische Stellung stattgefunden.

Der badische Staatspräsident äußerte starke verfassungsrechtliche Bedenken gegen die Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen.

Im Zusammenhang mit dieser Frage der Eigenstaatlichkeit der Länder lehnte der badische Staatspräsident auch die Reichswasserstraßenverwaltung ab. Ebenso verwahrte sich der Staatspräsident gegen die mitgeteilte Absicht der Reichsregierung, dem Finanzausgleich zwischen Ländern und Gemeinden irgendwelche Fesseln anzulegen.

Die Aufhebung des SA.-Verbotes

schädige das Ansehen des Reichspräsidenten, weil er das Verbot erst vor kurzem erlassen habe. Wenn man in dem SA.-Verbot eine Einseitigkeit und eine Ungerechtigkeit erblicke, so sei das SA.-Verbot aus diesem Grunde nicht aufzuheben, sondern auf alle militärischen Verbände auszudehnen. Der badische Staatspräsident lehne die Verantwortung für die Ruhe in Baden bei Aufhebung des SA.-Verbotes ab. Gerade setzt während der Wahlzeit dürfe das Verbot erst recht nicht aufgehoben werden. Auf eine besondere Frage bezw. Feststellung des badischen Staatspräsidenten erklärte der Reichskanzler, es sei selbstverständlich, daß, wie auch das Reich sich entscheide, die Länder nicht gehindert seien, alle diejenigen Maßnahmen zu treffen, die mit Rücksicht auf die besonderen örtlichen Verhältnisse erforderlich seien.

17 Stunden preußischer Landtag

Die allgemeine Aussprache für die

2. Lesung des Amnestieentwurfes

wird bei Anwesenheit von Beamten des Justizministeriums fortgesetzt und abgeschlossen.

Das Haus beschäftigte sich dann mit

Anträgen des Rechtsausschusses.

zunächst berichtet Abg. **Dr. Zubke** (DNVP.) über den Vorschlag des Rechtsausschusses, die in Haft befindlichen als sogenannte Bombenleger bekannten Bauernführer Claus Heim usw. sofort freizulassen und ihnen Straferlaß zu gewähren. Für die Deutschnationalen fügt er hinzu, daß die Deutschnationalen darum ersuchten, auch die Begnadigung von Herbert Volk zu beschließen.

Es folgt die Beratung eines kommunistischen Antrages auf Beseitigung des Abtreibungsparagraphen und Amnestie aller auf Grund der

§§ 218 und 219

verurteilten Personen. Der Rechtsausschuß schlägt die Ablehnung dieses Antrages vor.

Der Antrag auf Freilassung von Claus Heim und anderen wird mit großer Mehrheit angenommen. Der kommunistische Antrag gegen den § 218 wird abgelehnt.

Vizepräsident Wittmaack läßt dann abstimmen über einen sozialdemokratischen

Aenderungsantrag,

nach dem der Amnestiegesetzentwurf eine andere bedeutend kürzere Fassung erhält. Nach dieser Fassung wird

Straferlaß den Personen gewährt, die aus Not straffällig geworden

sind, sofern sie nicht oder nicht erheblich vorbestraft waren, und sofern die Tat nicht von besonderer Roheit, Gewinnsucht oder Niedrigkeit der Gesinnung zeugte.

Dieser Teil des sozialdemokratischen Antrages wurde ebenso wie die Bestimmung, daß das Gesetz mit dem Tage der Verkündung in Kraft treten soll, mit einer vom Zentrum bis zu den Kommunisten reichenden Mehrheit angenommen. Dagegen wurde abgelehnt der Teil des Antrages, der Straferlaß für Straftaten zur Verteidigung der Republik gewähren wollte.

Der Vizepräsident erklärt, daß dadurch sämtliche Ausschußbeschlüsse über den nationalsozialistischen Amnestieantrag erledigt seien. Als er dann den nächsten Gegenstand der Tagesordnung aufruft, entsteht im ganzen Hause eine erregte Auseinandersetzung.

In einer längeren

Geschäftsordnungsaussprache

verweisen Abg. Borck (Dn.) und Abg. Dr. Freisler (Nat.-Soz.) darauf, daß ein wesentliches Mißverständnis bestanden haben müsse. Die Mehrheit habe angenommen, daß nach diesen Abstimmungen noch die Abstimmungen über die Beschlüsse des Rechtsausschusses zur Abstimmung gestellt werden müßten, die die eigentliche politische Amnestie enthielten.

Schließlich wurde durch eine Mehrheit von Nationalsozialisten und Kommunisten entsprechend einem Antrag des Abg. Kube (Nat.-Soz.) beschlossen, die Sitzung für eine halbe Stunde zu unterbrechen, damit die Fraktionen und der Aeltestenrat zu der Angelegenheit Stellung nehmen können.

Die Verhandlungspause dehnt sich über 1½ Stunden aus. Nach Wiedereröffnung der Sitzung entwickelt sich sofort wieder eine lebhafte Geschäftsordnungsaussprache.

Abg. **Borck** (Dn.) bringt einen Amnestiegesetzentwurf namens seiner Fraktion neu ein.

Auch Abg. **Freisler** (Natsoz.) bringt erneut den nationalsozialistischen Amnestieantrag ein.

Er erklärt nach Verlesung des Antrages, daß die Nationalsozialisten, wenn einstmals ein Amnestiegesetz für die Verbrecher der letzten 13 Jahre nach Verbüßung von zehn Jahren Zuchthaus eingebracht werden würde, dann dabei entsprechend dem jetzigen sozialdemokratischen Verhalten auch sehr langsam vorgehen würden.

Als nach langen Auseinandersetzungen schließlich Abg. **Heilmann** darauf aufmerksam macht, daß die Anträge bei der Verlesung nicht alle verstanden worden seien, beschließt unter allgemeiner Heiterkeit die Mehrheit, die

Sitzung auf eine halbe Stunde zu unterbrechen,

damit die inzwischen im Umdruck hergestellten Anträge dem Abgeordneten Heilmann vorgelegt werden könnten.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung bedauert Abg. **Brock** (Dntl.), daß dem Hause nur der deutschnationale Strafaussetzungsantrag gedruckt vorgelegt worden sei.

Er beantragt, diesen auf die Tagesordnung zu setzen.

Abg. **Heilmann** (Soz.) erklärt, die Sozialdemokraten müßten auch nach Ueberprüfung dieses Antrages ihren Widerspruch dagegen aufrechterhalten. Seine Fraktion habe aber dafür folgenden Antrag eingebracht:

„Im Zusammenhang mit den im Landtag durchgeführten Verhandlungen über ein Amnestiegesetz wird das Justizministerium ersucht, sofort eine **Strafunterbrechung bezw. einen Strafaufschub bei den politischen Gefangenen** eintreten zu lassen, deren Straftaten weder nach ihrer Art, noch nach den eingetretenen Folgen als besonders verwerflich und schwerwiegend erscheinen. In der gleichen Weise soll in Disziplinarsachen verfahren werden."

Nach weiteren Auseinandersetzungen bringt Abg. **Dr. Zubke** (Dntl.) einen Aenderungsantrag zu dem sozialdemokratischen Antrag ein, wonach das sozialdemokratische Ersuchen an den Justizminister, die politischen Gefangenen zu amnestieren, deren Taten keine besonders schwerwiegenden Folgen hatten, nur gelten soll, „bis zum Inkrafttreten des durch die Schuld der sozialdemokratischen Fraktion am 16. Juni noch nicht verabschiedeten, von der Mehrheit des preußischen Landtages offensichtlich gewünschten Amnestiegesetzes."

Sämtliche Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokraten und des Zentrums sowie der Staatsparteiler stimmen dem deutschnationalen Aenderungsantrag zu, während der kommunistische Aenderungsantrag abgelehnt wird.

Der so gestaltete sozialdemokratische Amnestieantrag wird mit den Stimmen der Nationalsozialisten, Deutschnationalen, Deutschen Volkspartei und Kommunisten angenommen.

Gegen 21 Uhr beginnt das Haus die Beratung der deutschnationalen und kommunistischen

Anträge auf Aufhebung der letzten preußischen Notverordnung

Finanzminister Klepper hebt hervor, daß die Finanzgebarung in Reich, Ländern und Gemeinden ein geschlossenes Ganzes darstelle. Da in Deutschland die wirtschaftspolitische Führung beim Reich liege, stelle die neue Notverordnung des Reiches eine wirtschaftspolitische Eröffnungsbilanz dar. Finanzwirtschaftlich gesehen, zeige sich eine grundsätzliche Uebereinstimmung in den Notverordnungen von Reich und Preußen, nämlich das Prinzip der Deckung der Staatsausgaben durch echte Einnahmen im Hinblick auf die Stabilität der Währung. Er habe schon früher erklärt, daß er niemals seine Hand zu einer Finanzpolitik bieten würde, die den Staatsbedarf mit der Notenpresse decke. Diese Auffassung finde sich in den preußischen Notverordnungen. Ob im Reich nun der echte Etatsausgleich möglich sei, werde nach Vorlage des Reichsetats zu prüfen sein.

Der Minister gibt dann einen Rückblick auf die über den preuß. Etat geführten Verhandlungen. Er kommt zu dem Schluß, daß während seiner Amtszeit eine Gesamteinsparung von 425 Millionen gegenüber dem Vorjahre erzielt sei, die alle Maßnahmen ähnlicher Art in Reich, Ländern und Gemeinden übertreffe. Sowohl die frühere wie die neue Reichsregierung hätten der Staatsregierung erklärt, daß die Finanzlage des Reiches nicht gestatte, Preußen jetzt 100 Millionen zur Verfügung zu stellen. Hier lägen also keine Spannungsverhältnisse politischer Art vor. Die Preußen deshalb fehlenden 100 Millionen habe man nur durch neue Einnahmen in Form der Sachsteuer decken können. Die Konsumenten dürften daraus aber bei der jetzigen abfallenden Konjunktur nicht nennenswert betroffen werden, wie dies praktisch die Schlachtsteuer in Bayern und Sachsen erweise. Hausschlachtungen von Schweinen würde er steuerfrei lassen. Durch die neue preußische Notverordnung sei der echte Etatsausgleich erzielt und die Kassenlage sichergestellt.

Nach ausführlichen Begründungsreden der kommunistischen und deutschnationalen Antragsteller eröffnete Dr. Klein (Nat. Soz.) die Aussprache mit einer scharfen Polemik gegen den Finanzminister, die ihm, als er von Unverschämtheit sprach, eine Rüge des Vizepräsidenten verschaffte. Die Angriffe des Abgeordneten Kube auf das Zentrum wies in entschiedener Weise Abg. Dr. Wester (Z.) zurück. Das Zentrum, das freie Hand nach rechts und nach links habe, lasse sich das Gesetz des Handelns von niemandem vorschreiben.

Bis in die vierte Morgenstunde sprachen dann noch Vertreter der Fraktionen, wobei auch Finanzminister Dr. Klepper nochmals das Wort nahm, um zu erklären, daß kein einziger positiver Vorschlag auf realer Basis als Ersatz für die preußische Notverordnung gemacht worden sei.

Dann kommt es zur Abstimmung, die wir nachstehend zum Abdruck bringen.

Der preußische Landtag beschließt

Aufhebung der Notverordnung

Die Notverordnungsaussprache im preußischen Landtag, die am Donnerstagnachmittag begann, dauerte bis in die frühen Morgenstunden des Freitags. Nach 3 Uhr morgens wurde die Abstimmung vorgenommen. Der kommunistische Antrag auf Aufhebung der preußischen Notverordnung wurde mit 243 Stimmen aller Parteien außer SPD, Zentrum und Staatspartei, die sich an der Abstimmung nicht beteiligten, angenommen. Der gleichlautende deutschnationale Antrag war damit erledigt.

Gegen 4 Uhr schloß Präsident Kerrl die Sitzung, die am Donnerstag vormittag um 11 Uhr begonnen und somit 17 Stunden gedauert hatte.

Die nächste Sitzung des Landtages ist auf Mittwoch, den 22. Juni, anberaumt. Es soll dann außer der endgültigen Wahl des Landtagspräsidiums und der Wahl des Ministerpräsidenten die Beratung der neueingebrachten Amnestiegesetzentwürfe in allen drei Lesungen stattfinden.

Die Sorgen der Amerikaner

Hoover als Präsidentschaftskandidat wieder aufgestellt

Der republikanische Parteikongreß, der in Chicago tagt, hat als Präsidentschaftskandidaten für den ersten Wahlgang Hoover wieder aufgestellt. Der Beschluß des Kongresses wurde von 1126 von 1154 Delegierten gefaßt. Einige Delegierte enthielten sich der Stimme.

Curtis wurde als Vizepräsidentschaftskandidat für den ersten Wahlgang wieder aufgestellt.

Die Veteranen verursachen kritische Lage in Washington

Die Leiche des Abg. Eslick, der bei der Debatte über die Bonusvorlage einem Herzschlag erlag, ist nach dem Washingtoner Bahnhof übergeführt worden. Ueber 15 000 der in Washington anwesenden Kriegsteilnehmer gaben ihr vom Kapitol das Geleit. 300 Mann Marineinfanterie besetzten das Kapitol, um einen etwaigen Ansturm der Veteranen abzuwehren.

Die Lage in der Stadt ist wieder sehr kritisch geworden, weil

die Nahrungsmittel bei über 20 000 hungernden mittellosen Veteranen nicht mehr lange ausreichen.

Die Regierung hat die freie ärztliche Behandlung der Veteranen eingestellt mit der Begründung, daß hierfür weder ausreichendes Personal noch Geldmittel zur Verfügung ständen. Die Stadtverwaltung bietet allen Veteranen, die bereit sind, die Stadt zu verlassen, 5 Dollar und für einen Tag Lebensmittel.

Das Programm der republikanischen Partei in USA.

In dem vom republikanischen Parteikonvent aufgestellten Programm ist

keine Rede von einer Streichung der Kriegsschulden und Reparationen.

Das Programm wendet sich

gegen eine unmittelbare Unterstützung der Arbeitslosen.

Es spricht sich für die bisher von den Vereinigten Staaten im Fernen Osten und in Südamerika verfolgte Politik aus. Weiter heißt es darin, die Stärke von

Heer und Flotte

sei auf das strikt notwendigste Mindestmaß herabgesetzt worden. Es sei ein

Schutzzolltarif

für die natürlichen Hilfsquellen des Landes notwendig, darunter für die Erzeugnisse der Forst- und der Landwirtschaft sowie des Bergbaues und der Erdölindustrie. Erforderlich sei ferner

ein strengeres Einwanderungsgesetz.

Das republikanische Programm spricht sich noch für den

Beitritt Amerikas zum Internationalen Gerichtshof

und für internationale Konferenzen für den Fall, daß die Wirksamkeit des Kelloggpaktes in Frage gestellt werde, aus.

Noch keine Stellungnahme Washingtons zu den Vorgängen in Chile

Aus Washington wird gemeldet: Das Staatsdepartement betrachtet die Lage in Chile als wesentlich gebessert. Es hegt keine Befürchtungen für das Leben der Ausländer und wird daher von der Entsendung von Kriegsschiffen absehen. Man nimmt hier an, daß die neue Regierung demnächst ein Programm formulieren werde, und erklärt, erst dann zu der chilenischen Frage Stellung nehmen zu können.

Chile verbietet Vorführung amerikanischer Filme

Wie Havas aus Valparaiso meldet, dürften die chilenischen Lichtspieltheater keine amerikanischen Filme mehr zur Vorführung bringen. Durch diese Maßnahme dürften, wie es heißt, 50 000 Angestellte der Lichtspieltheater arbeitslos werden.

Wirtschaftsvertreter gegen Erhöhung des Spritbeimischungszwanges

Ueber ihre Bedenken gegen eine etwaige Erhöhung des Spritbeimischungszwanges hielten die interessierten Wirtschaftsorganisationen dem Reichsverkehrsminister Vortrag. Reichsminister Freiherr von Eltz betonte, daß er für die Bedenken Verständnis habe und sie bei den zuständigen Stellen vertreten werde. Das neue Reichskabinett habe sich mit der Frage noch nicht beschäftigen können.

Die Lausanner Konferenz eröffnet

Eine eindringliche Rede Macdonalds

Die feierliche Eröffnungssitzung der Lausanner Konferenz begann Donnerstag vormittag um 10 Uhr in dem Renaissancesaal des Hotels „Beaurivage".

Nach Begrüßungsworten des schweizerischen Bundespräsidenten **Motta**, der neben Macdonald Platz genommen hatte, ergriff

Macdonald

das Wort. Er wies darauf hin, daß die Konferenz im Schatten der bedenklichsten Wirtschaftskrise zusammentrete, die jemals die Welt in Friedenszeiten betroffen habe.

„Die ganze Welt sieht auf uns",

so führte er aus, „und hat niemals von einer internationalen Konferenz früher so dringend Abmachungen erwartet, die zur Beseitigung der bestehenden Notlage beitragen können. Vor kurzem hat das Wirtschaftskomitee des Völkerbundes uns darüber unterrichtet, daß der Wert des internationalen Handels heute nur noch die Hälfte oder vielleicht weniger als die Hälfte dessen ausmacht, was er Anfang 1929 betrug, daß die Zahl der Arbeitslosen sich mehr als verdoppelt hat und

20 bis 25 Millionen Menschen heute ohne Arbeit

sind, und daß diese Lage täglich schlechter wird. Ich lege Wert darauf, zu betonen, daß es sich um

eine Weltkatastrophe

handelt. Es kommt nicht auf die Richtung der Regierung an, die an der Spitze steht. In jedem Falle verfällt der Staat in Armut und das Einkommen der Völker geht zurück. Die Fürsorgemaßnahmen müssen eingeschränkt werden, wenn Bankrotte vermieden werden sollen. Die Hilfe, die die Gemeinschaft dem Einzelnen geben kann, muß vermindert werden. Die Lebenshaltung, die der Zivilisationsstufe entspricht, sinkt ab, und um seine Finanzen zu schützen, hat ein Staat nach dem anderen Einschränkungen des Außenhandels vornehmen müssen, die unvermeidlich dazu beigetragen haben, die Abdrosselung zu verschlimmern, in der sich die Völker befinden. Macdonald betonte, daß es

keinen Unterschied zwischen Frankreich, Italien, Deutschland, Amerika oder Großbritannien und der übrigen Welt in diesem Mißgeschick

gebe. Es handele sich um ein System, das unter unseren Füßen zusammenbreche. Niemand könne bei dem Wiederaufbau sich fernhalten. Wenn man feststelle, daß eine Politik betrieben worden sei, die die einfachsten Wirtschaftsgesetze verletzt habe, von denen die Wohlfahrt und der internationale Güteraustausch, die Aufrechterhaltung vernünftiger Preise und die Konsumfähigkeit abhängen, so müsse man sich

entschließen, vorübergehend den Preis zu zahlen, der eine Umkehr von allem fordere. Mit klarem Blick und ruhigen Nerven sei das zu erreichen.

Man habe heute einen Teil der Ursachen dieser Notlage zu behandeln, eine dringende Frage:

die finanzielle Erbschaft des Krieges, ihre Wirkung auf die Weltwirtschaft müsse durch ein Abkommen liquidiert werden.

Dies könne nicht das Ende der staatsmännischen Arbeit sein, aber ein wirksamer Beginn.

Macdonald zitierte aus dem Baseler Gutachten die bekannten Ermahnungen an die Regierungen, ohne Verzug zu Entscheidungen zu kommen, um Vertrauen als Grundlage der wirtschaftlichen Stabilität und des wirtschaftlichen Friedens wiederherzustellen und unterstrich seinerseits diesen Appell, dessen Dringlichkeit in der Zwischenzeit so verstärkt worden sei. Im weiteren legte der Premierminister die politischen und psychologischen Wirkungen des gegenwärtigen Zustandes dar und erklärte, daß die Aufgabe nicht nur eine technische, sondern eine solche der Grundsätze sei.

Ein Grundsatz

sei sicherlich sehr klar der Konferenz unterbreitet:

Feierlich eingegangene Verpflichtungen könnten nicht durch einseitige Verleugnung beseitigt werden.

Aber dieses Prinzip werde, wie er überzeugt sei, von niemand angefochten.

Diesem Prinzip stehe aber die Notwendigkeit gegenüber, Verpflichtungen, die sich als unerfüllbar erwiesen hätten, durch Uebereinkunft zu revidieren.

Beide Teile eines Abkommens müßten immer bereit sein, die Tatsachen in Erwägung zu ziehen, und unter diesen Tatsachen sei nicht nur zu ermitteln, ob die bisher aufgestellten Pläne unmögliche Lasten geschaffen hätten, sondern ob sie durch ihre wirtschaftliche, finanzielle und handelsmäßige Unvernunft zu dem beklagenswerten wirtschaftlichen Zustand beigetragen hätten, in dem sich die Welt jetzt befinde.

Die Einladung, so fuhr Macdonald fort, der wir hier Folge geleistet haben, legt uns eine Arbeit großen Maßstabes auf. Wir müssen die destruktiven Einflüsse im ganzen beseitigen. Wenn wir das tun, so kann Europa nicht allein handeln.

Die Einheit der Menschheit ist heute mehr als ein Schlagwort

und es hat eine außerordentlich praktische Bedeutung. Wir können deshalb alle die Zusicherung willkommen heißen, daß nach Ueberwindung der gegenwärtigen Phase

die Vereinigten Staaten uns zu dem Glauben ermutigt haben, daß sie bei der Prüfung einiger dieser weitergesteckten Probleme mitarbeiten

werden und sich mit uns vereinen werden, um eine Politik für die Aufrechterhaltung der Zivilisation zu schaffen, die auf der Wohlfahrt aller Nationen, auf ihrer fleißigen wirtschaftlichen Tätigkeit, ihrem internationalen Güteraustausch und einem glücklichen Dasein der Massen beruht.

Der Erfolg in Lausanne kann nicht voll geerntet werden, ohne Erfolg in Genf.

Wenn Staatsmannskunst die wirtschaftlichen Schwierigkeiten überwinden soll, die hier uns hauptsächlich beschäftigen, so muß eine Periode wirtschaftlicher Ruhe gewährleistet werden, in der die Völker ihre wirtschaftlichen Angelegenheiten in Ordnung bringen können, ohne durch Krieg und Kriegsgeschrei gestört zu werden.

Macdonald schloß mit warmen Wünschen für die Erfüllung der Aufgabe, deren Schwierigkeiten er nicht verhehlen kann. Die Größe dieser Aufgabe müsse Mut und Entschlossenheit für ihre Lösung schaffen. Die Rücksicht auf die öffentliche Meinung kann bei großen Aufgaben den Völkern zumuten, daß sie, statt sich zu entrüsten, heroisch und edelmütig mitgehen.

„Mein Appell an diese Konferenz ist," so schloß Macdonald, „nichts außer Schwäche zu fürchten und aus den Beratungszimmern, von denen unsere künftige Arbeit ausgeht, kühne Vorschläge hervorgehen zu lassen, die durch ihren bloßen Charakter die Unterstützung der ganzen Welt sich sichern."

Vor der Ansprache des schweizerischen Bundespräsidenten war auf Vorschlag Herriots, den Grandi unterstützte, durch Handaufheben Macdonald zum Präsidenten der Konferenz gewählt worden.

Eine Unterredung von Papen-Herriot

Bei einer Besprechung, die Reichskanzler von Papen mit dem französischen Ministerpräsidenten Herriot hatte, gab er diesem eine Darlegung der innenpolitischen Lage in Deutschland, die er in ihren Einzelheiten schilderte. Weiter wurde eine eingehende Besprechung der ganzen Konferenzgegenstände durch geführt, die in freundschaftlichsten Formen verlief und nach einer Wolffmeldung als ergiebig angesehen werden darf. Die Besprechung dauerte über eine Stunde.

England will ausdrücklich verzichten

Der parlamentarische Korrespondent der „Financial News" meldet, er erfahre aus guter Quelle, daß die britische Regierung beschlossen habe, daß mit oder ohne Zustimmung der anderen Gläubigerregierungen ihre Delegierten Lausanne nicht verlassen werden, ohne zu verkünden, daß Großbritannien keine weiteren Reparationszahlungen von Deutschland und anderen vormals feindlichen Ländern fordert.

Der Lausanner Sonderberichterstatter der „Times" schreibt, es könne kein Zweifel über Macdonalds Entschlossenheit herrschen, alles zu tun, was in seiner Macht liegt, um alle in Betracht kommenden dazu zu bringen, endlich der Tatsachen der Reparationen und der allgemeiner Wirtschaftslage ins Gesicht zu sehen. Die deutsche Delegation sei anscheinend in einer zurückhaltenden Stimmung eingetroffen und man neige dazu, die Anzeichen einer günstigeren Stimmung in Frankreich gegenüber Deutschland als zu gut, um wahr zu sein, anzusehen. Niemand erwarte natürlich eine völlig durchgreifende Regelung von dieser Konferenz. Aber eine angemessene Vorbereitung für endgültige Taten werde nicht als außer Frage stehend angesehen. Schuldenstreichung ist das A und das O jeder Unterhaltung in Lausanne.

„Times" weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, daß in Deutschland radikale Abzüge an Pensionen und Unterstützungszuwendungen soeben einem Volke auferlegt worden sind, von dem ein großer Teil bereits Schwierigkeiten habe, das nackte Leben zu fristen.

Persönliche Fühlungnahme zwischen den Delegierten

Im Laufe des Donnerstagnachmittags statteten Reichskanzler v. Papen dem englischen Premierminister Macdonald und Reichsaußenminister Freiherr von Neurath dem englischen Außenminister Sir John Simon Besuche ab. Abgesehen von der persönlichen Fühlungnahme gelten diese Unterhaltungen einer gegenseitigen Darlegung des auf der Konferenz einzunehmenden Standpunktes der beiden Delegationen. Im weiteren Verlauf des Abends stattete der französische Ministerpräsident Herriot dem Reichskanzler einen Gegenbesuch ab, der längere Zeit dauerte.

Der Wahlkampf

Telegrammwechsel zwischen Mittelparteien und Deutschnationaler Volkspartei

Auf eine telegraphische Anfrage von Geheimrat Wildhagen (Leipzig) an Dr. Hugenberg wegen Beteiligung an der Arbeit zur Zusammenfassung zum gemeinsamen Wahlkampf des nationalen Bürgertums drahtete in Abwesenheit Dr. Hugenbergs Hauptmann a. D. Schmidt (Hannover), daß die Deutschnationale Volkspartei jede Maßnahme, die Stimmverluste antisozialistischer Gruppen verhindere, begrüße. Die Deutschnationale Volkspartei sei heute einziger Garant für Widerstand gegen wirtschaftszerstörende Entwicklung, sie begrüße jede Verstärkung ihrer Arbeit.

Freitag Generaldebatte in Lausanne

Aus Lausanne, 16. Juni, wird gemeldet: In der heutigen Nachmittagssitzung wurde das Programm für die morgige Sitzung aufgestellt. Es wurde die Vertraulichkeit der Beratungen vereinbart. Die Oeffentlichkeit soll aber wiederhergestellt werden, sobald greifbarere Ergebnisse vorliegen oder allgemeines Interesse besteht.

Reichskanzler von Papen wird morgen mit der Darlegung des deutschen Standpunktes beginnen; ihm folgen Herriot, Chamberlain, Grandi und ein Vertreter Belgiens. Die Generaldebatte dürfte bereits morgen zu Ende gehen.

Die verschiedenen gemeldeten heutigen Besuche verliefen durchweg zufriedenstellend und zeigten auf allen Seiten guten Willen, der die alleinige Grundlage für die Lösung der schwierigen Probleme bildet. Deutscherseits ist besonders im Hinblick auf die jüngsten Ereignisse eine Darlegung der innen- und außenpolitischen Ziele des Kabinetts von Papen erfolgt; in seiner Besprechung mit den englischen Staatsmännern hat Reichsaußenminister Freiherr von Neurath die Arbeit fortführen können, die er in London begonnen hatte.

Bürgersteuer auch im nächsten Jahr

Das Contibüro berichtet: Wie aus Aeußerungen in der Presse hervorgeht, scheint der Oeffentlichkeit das Problem der Bürgersteuer nicht überall ganz klar zu sein. Die für das Rechnungsjahr 1931-32 fällige Bürgersteuer ist bereits in der ersten Hälfte des laufenden Kalenderjahres erhoben worden. Die Gemeinden hatten nun den Wunsch, daß sie in der zweiten Hälfte noch einmal eingezogen werde, was also praktisch eine Verdoppelung bedeutet hätte. Das ist von der Reichsregierung abgelehnt worden. Doch besteht auch für die Länder nicht die Möglichkeit, die Verdoppelung von sich aus durchzuführen, weil die Steuer ja reichsrechtlich geregelt ist. Sie war zwar **ursprünglich als einmalige Abgabe gedacht, wurde dieses Charakters aber durch die Notverordnung vom 6. Oktober 1931 entkleidet. Daraus ergibt sich, daß die Steuer auch im nächsten Jahr erhoben werden wird.**

Der deutsche Außenhandel im Mai

Nach einer Zunahme im April ist **die Einfuhr** im Mai (351 Millionen) dem Volumen nach wieder auf den Stand im März gesunken, dem Werte nach hat sie sogar den Tiefstand im März noch um 12,5 Millionen RM. unterschritten. Im Vergleich zum April hat die Einfuhr um 76 Millionen RM. abgenommen. **Die Ausfuhr** beziffert sich im Mai auf 438 Millionen RM.; hinzu kommen, wie im Vormonat, **Reparationssachlieferungen** im Betrage von 9 Millionen RM. Gegenüber April ist die Gesamtausfuhr somit um 34,5 Millionen RM. gesunken, von denen 14 Millionen RM. auf die Rohstoffe und 17 Millionen RM. auf die Fertigwaren entfallen. Die Handelsbilanz schließt im Mai mit einem **Ausfuhrüberschuß von 87 (April 45) Millionen RM.** ab. Einschließlich der Reparationssachlieferungen beträgt der Ueberschuß 96 Millionen RM.

Nationalsozialistisches Ministerium in Oldenburg

In der Eröffnungssitzung des Oldenburgischen Landtages wurde mit 26 von 28 abgegebenen Stimmen der nationalsozialistische Abgeordnete Joel zum Landtagspräsidenten gewählt. Zum 1. Vizepräsidenten wurde der deutschnationale Abgeordnete Behler gewählt.

In der Nachmittagssitzung wurde das oldenburgische Staatsministerium gewählt.

Zum Ministerpräsidenten wählte das Haus den von den Nationalsozialisten vorgeschlagenen Abgeordneten Karl Röver. Der neue Ministerpräsident schlug für die beiden anderen Ministerposten den Abgeordneten Landgerichtsrat Pauly von der NSDAP. und den nationalsozialistischen Schriftleiter und Abgeordneten Spangemacher vor.

Während der Ministerpräsident mit 26 von 41 Stimmen, und zwar von den Nationalsozialisten, den Deutschnationalen und den Landvolkvertretern gewählt worden war, entfielen auf die beiden Minister je 25 Stimmen.

Bei dem Wahlvorschlag kamen von den Sozialdemokraten Rufe wie „Parteiminister".

Der neue Ministerpräsident gab eine kurze Erklärung ab, in der er betonte, daß er das Amt auf den Befehl Adolf Hitlers übernehme. Er erklärte weiter, daß keiner der beiden Minister Ansprüche an den Staat stellen werde, falls er ausscheiden sollte. Keiner der drei Minister werde das Junigehalt in Anspruch nehmen, sondern die zuständige Gehaltssumme einem sozialen Zweck zuführen.

Die Behandlung der politischen Verbände

Der Reichsinnenminister wird entsprechend den Bestimmungen des Abschnitts 3 der neuen Notverordnung über die politischen Verbände von allen diesen Verbänden ohne Ausnahme fordern, daß sie ihre Satzungen und sonstigen Bestimmungen über ihre Organisation und Tätigkeit ihm vorlegen und wird allen Verbänden bestimmte Auflagen machen, die zur Sicherung der Staatsautorität erforderlich sind. Das bedeutet, daß der Minister von der ihm in der Notverordnung gegebenen Ermächtigung sofort Gebrauch macht, ohne erst irgendwelche Vorgänge abzuwarten.

Große Dorfbrände

Aus Ludwigslust, 16. Juni, wird gemeldet: Ein Großfeuer zerstörte heute nachmittag in der Ortschaft Lüblow innerhalb einer Stunde 22 Wohn- und Wirtschaftsgebäude. Sehr viele Schweine sind verbrannt, ebenso der größte Teil des häuslichen Mobiliars und zahlreiche landwirtschaftliche Maschinen. Die Löscharbeiten werden durch Wassermangel sehr erschwert. Der Brand wütet weiter.

*

Aus Rappelsdorf (Schleusingenland), 16. Juni, kommt die Meldung: Ein Schadenfeuer brach heute in den ersten Morgenstunden aus bisher noch unbekannter Ursache in der Scheune des Besitzers Karl Zentgraf aus. Der Brand griff bei dem Winde schnell um sich. Bald standen zehn Wohnhäuser, mehrere Stallungen und neun Scheunen in hellen Flammen. Sämtliche Gebäude wurden trotz baldigen Eintreffens der Feuerwehren aus der ganzen Umgebung in Schutt und Asche gelegt. Sieben Dampfspritzen waren an der Bekämpfung des Feuers beteiligt; sehr viel lebendes und totes Inventar ist in den Flammen umgekommen. 14 Familien sind obdachlos geworden.

Der Matuschka-Prozeß

Zu Beginn der Verhandlung im Matuschka-Prozeß stellte am Donnerstag der Vorsitzende an Matuschka die Frage, ob er seine Angaben über den

„Geist Leo"

aufrecht erhalte, unter dessen Einfluß und Druck er angeblich gestanden hat. Matuschka: „Natürlich halte ich das aufrecht. Seit 20 Jahren stehe ich unter dem Einfluß des Geistes. Der Geist Leo ist ein Wundermann. In den Zeitungen ist sein Bild zu sehen. Er hat mir auch einen Bleistift gezeigt, den man niemals spitzen muß".

Die Zeugen, deren Aussagen in den wesentlichen Punkten übereinstimmten, bezeichneten Matuschka als leicht erregbar und auch als beeinflußbar, jedoch als normal. Zweifellos sei er intelligent.

U. a. wurde als Zeuge der frühere Maschinenfabrikant

Leo Schabensky

vernommen, der in den Phantasien Matuschkas angeblich die Rolle des „Geistes Leo" spielte. Wie der Zeuge berichtet, war Matuschka mit ihm vor einigen Jahren in geschäftliche Verbindung getreten. Er sei Matuschka bald nach der Rückkehr Matuschkas aus Berlin begegnet. Matuschka war sehr zerstreut und aufgeregt und habe gesagt, ihm sei etwas Schreckliches passiert. Von Argwohn erfüllt, habe der Zeuge dann plötzlich zu Matuschka gesagt: Beichten Sie, wo sie waren, erleichtern Sie Ihr Gewissen. Matuschka habe aber nur ausweichende Antworten gegeben. Ueber irgendeinen Zusammenhang seines Namens mit dem angeblichen Geist Leo wußte der Zeuge nicht anzugeben. Einmal habe Matuschka ihn auf das Polizeiplakat über Ansbach mit der Ergreiferprämie von 4000 Schilling aufmerksam gemacht. Er sagte dabei zum Zeugen:

Sie können sich viel Geld verdienen, Sie können den Attentäter der Polizei ausliefern!

Auf die verwunderte Frage, wie Matuschka zum Attentäter komme, erwiderte dieser:

„Na, ich bin es ja selbst",

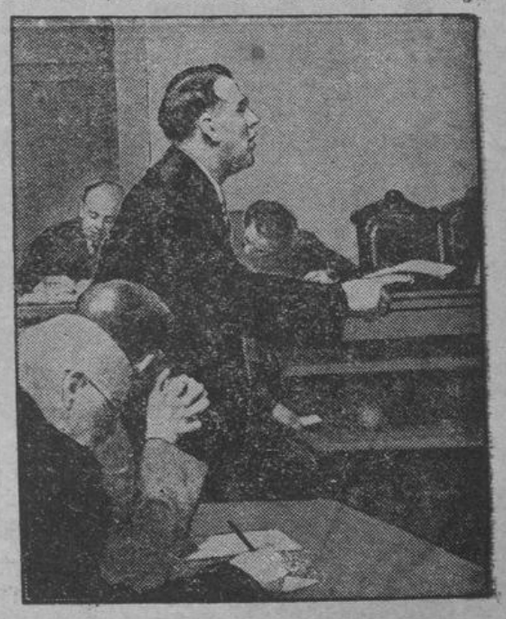
dazu habe er höhnend gegrinst. Der Zeuge glaubte, Matuschka mache einen schlechten Witz. Erst nach dessen Verhaftung sei ihm dieser Vorfall wieder in Erinnerung gekommen.

Eine längere Wechselrede zwischen dem Staatsanwalt, dem Zeugen und Matuschka selbst über den „Geist Leo" ergibt dann, daß mit diesem nicht der Zeuge, sondern ein inzwischen verstorbener Leo Schlesinger gemeint sein solle.

Während der Vernehmung eines weiteren Zeugen, des Elektrikers Lache, wird

das Modell der Turbine Matuschkas,

eine 1½ Meter lange und ½ Meter breite Blechkonstruktion, und ein zweiter kleinerer Apparat in den Gerichtssaal gebracht, deren Anblick Matuschka freudig erregt und ihn zu einem längeren Vortrag über seine Erfindung, welche die ganze Welt aus ihrem Elend erretten werde, veranlaßt.



Matuschka vor den Richtern

Gegen politische Ausschreitungen

Ein Erlaß des preußischen Innenministers an die Polizei

Der preußische Innenminister Severing hat an die Regierungspräsidenten, Oberpräsidenten und Polizeipräsidenten einen Erlaß gerichtet, in dem es heißt:

„Die gegenwärtige politische Lage und die infolge der politischen Ereignisse eingetretene Unklarheit der weiteren Entwicklung bietet nach den Beobachtungen der letzten Tage an den verschiedensten Stellen des Staatsgebietes staatsfeindlichen Elementen offenbar Anreiz und Gelegenheit, ihre dunklen Ziele durch Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und verbrecherische Anschläge, wie Plünderungen und Ueberfälle auf andere Staatsbürger und auf Polizeibeamte, mit besonderer Hemmungslosigkeit zu verfolgen. Es ist die Pflicht der Polizei, dieses Treiben auf das aufmerksamste zu beobachten und ihm jederzeit — möglichst schon vorbeugend — mit allen, auch den schärfsten Mitteln entgegenzutreten."

Der Innenminister weist dann, dem „Abend" zufolge, daraufhin, daß die gesetzlichen Bestimmungen insbesondere durch die Notverordnungen des Reichspräsidenten gegeben sind. Besonderes Augenmerk soll auf das Treiben ausländischer Elemente gelegt werden.

Verordnung zur Durchführung der Verordnung gegen politische Ausschreitungen

Aufgrund des § 19 der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 17. Juni 1932 (Reichsgesetzbl. I. S. 297) wird hiermit verordnet:

§ 1

Als leitende Beamte im Sinne des § 1 Nr. 2, Abs. 1 Nr. 2 der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen werden der Reichskanzler, die Reichsminister und die Staatssekretäre des Reiches bestimmt.

§ 2

Kundgebungen und Entgegnungen, deren Aufnahme in einer periodischen Druckschrift aufgrund des § 5 der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen verlangt wird, sollen nicht mehr als 500 Worte umfassen. Für die überschießenden Zeilen sind die üblichen Einrückungsgebühren zu ersetzen. Entgegnungen sollen in möglichst knapper Form gehalten sein und sich auf die Widerlegung der abgedruckten unrichtigen Tatsachen beschränken. Die Behörde, die die Auflage versendet, kann Überschrift, Schriftgrad usw. bestimmen. Es soll darauf Bedacht genommen werden, nur solche Anforderungen an den Abdruck zu stellen, die sich im Rahmen der der periodischen Druckschrift zur Verfügung stehenden technischen Möglichkeiten halten.

§ 3

Vor dem Erlaß des Verbots einer periodischen Druckschrift ist zu prüfen, ob an seiner Stelle eine Verwarnung, eine von dem Verlag oder der Schriftleitung in der Druckschrift abzugebende Erklärung oder eine amtliche Entgegnung ausreicht. In leichteren Fällen ist von einer dieser Möglichkeiten Gebrauch zu machen.

Das Urteil im Scheuen-Prozeß rechtskräftig. In dem seinerzeit viel erörterten Prozeß wegen der Vorgänge in der Berliner Fürsorgeerziehungsanstalt in Scheuen bei Celle hat das Reichsgericht sowohl die Revision des Hauptangeschuldigten, des Erziehungsdirektors Paul Straube, wie die der mitangeklagten Jugendlichen als unbegründet verworfen. Damit ist das Urteil des Schwurgerichts Lüneburg vom 4. Juli vor. Js. rechtskräftig geworden.

Eine Handgranate aus dem Kriege richtet Unheil an. Als der Landwirt Graf aus Sulzern seine im Weltkriegs-Kampfgebiet der Hochvogesen gelegene Molkerei wieder bezog und im Kochherd das erste Feuer anfachte, zersprang der Herd infolge einer Explosion. Diese zog den ganzen Küchenraum schwer in Mitleidenschaft. Unter den Trümmern des Herdes fand man Reste einer Handgranate aus der Kriegszeit.

Ein Schießwütiger. In Weinitzen bei Graz erschoß am Mittwochabend der Hausbesitzer Zischek aus noch unbekannten Gründen seinen etwa 70jährigen Mieter und verletzte außerdem seine Geliebte Berta Fuchs und deren 72jährigen Onkel Emil Kluge durch mehrere Schüsse. Als die Polizei ihn verhaften wollte, verschanzte er sich in seinem Hause und eröffnete ein Feuer gegen die Beamten. Erst um Mitternacht konnte er festgenommen werden. Seine Familie scheint geflüchtet zu sein.

Verfasser und Verleger der „Gefesselten Justiz" wegen Beleidigung Noskes verurteilt

Der 2. Strafsenat des Reichsgerichtes verwarf die Revisionen gegen das Urteil des Landgerichtes 1 Berlin, von dem der Schriftsteller Ewald Moritz, bekannt unter dem Pseudonym Zarnow, als Verfasser und der Verlagsbuchhändler Lehmann aus München als Verleger der bekannten Broschüre „Gefesselte Justiz" wegen übler Nachrede gegenüber dem Oberpräsidenten Noske aus Hannover am 11. Februar dieses Jahres zu 400 bezw. 200 Mark Geldstrafe verurteilt worden sind.

Danksagung

Für alle Beweise mitfühlender Teilnahme sowie die schönen Kranzspenden beim Heimgange unseres lieben Verstorbenen sprechen wir hiermit unseren herzlichsten Dank aus.

Witwe Ernst Berger u. Kinder

Eschhausen, im Juni 1932.

Licht-, Luft- und Sonnen-Bad Drauberg

Täglich geöffnet von morgens 8 bis abends 8 Uhr.
Ruhiger angenehmer Aufenthalt für Sommerfrischler und Wochenendler.
Unterhaltungen für Groß und Klein.
2 Kegelbahnen, Karussell, Schaukel, Wippe.
Gut eingefriedigtes Licht-Luftbad für Damen und Herren.
Brausen.
Erfrischungen wie alkoholfreie Getränke, Kaffee, Milch usw. stets zu haben.
Zur freundlichen Benutzung ladet ein

Naturheil-Verein Burscheid e. V.

N. B. **Sonntag, den 19. Juni**

Morgenwanderung

durch den Hagen, Bornheim, Dierath, Hamberg, Klief, Dürscheid zum Licht-Luftbad.
Abmarsch punkt 5.30 Uhr ab Ecke Brüning.

Ausnahme-Angebot in Sommer-Stoffen

Wasch-Mousseline	35	Pfennig
Wasch-Mousseline	48	„
Woll-Mousseline	95	„
Beiderwand	58	„
Kunstseide	45	„
Zefir	35	„

Beachten Sie die Auslagen Remscheiderstraße.

Modernes Kaufhaus
Alwill Thomas jr.
Wermelskirchen

Postkarten in jeder Ausführung liefert schnell und billig die Buchdruckerei dieser Zeitung

Historisches KONZERT

der ehem. 11. Husaren Krefeld
am
Sonntag, den 19. Juni
abends 8 Uhr
in der Schützenburg zu Burscheid

PROGRAMM
1. Aufziehen der Schloßwache in der Uniform des 1. Garde-Reg. zu Fuß.
2. Der alte Fritz nimmt die Parade ab und spielt auf seiner Flöte.
3. Andreas Hofer.
4. Der grüne Husar.
5. Vater Blücher.
6. Die alten Jäger usw.

Eintrittspreis 50 Pfennig und 10 Pfennig Steuer.
Erwerbslose die Hälfte.
Karten im Vorverkauf sind zu haben bei Frau Ernst Steffens, Otto Weber und Cuno Adams in Burscheid.

Verein ehem. Kürassiere Berg. Land

Gewiss, Sie lieben Ihr Kind,



kaufen Sie ihm aber die richtigen Schuhe?

ADA-ADA-Schuhe sind schön und haltbar und haben vollendete Paßform.



Zu haben bei
Schuh-Rombelsheim
Opladen
Düsseldorferstr. 3
Kämpchenstr. 11
(Eigene Reparatur - Werkstätte)

Vermessungsarbeiten

für das Kataster, wie Teilungen, Grenzfeststellungen, sowie Lagepläne für Conzessionsgesuche jeder Art, Sicherstellung von Wasserrechten, Nivellements usw. führt aus

Theis
Staatlich vereideter Landmesser in Wermelskirchen, Fernspr. 2478

Kasino Hilgen

Sonntag, den 19. Juni, nachmittags 5 Uhr,

Versammlung

Tagesordnung:
1. Zahlung der Bezüge
2. Bestellung von Kohlen, Briketts usw.
3. Neueinschätzung der Brandnotversicherten.
4. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Schwefels. Ammoniak
Ia grobes Viehsalz
sowie
Roggen- u. Weizenstroh
hat noch abzugeben
Hermann Hamacher
Pattscheid.



Colonia-Drog. Leo Becker
Hauptstr. 29.

Kaufmännischer Lehrling

gesucht, gleich ob höhere oder Volksschule besucht, mit guten Zeugnissen.

Angebote unter „B G 82" an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Freiwillige Feuerwehr Burscheid

Am **Sonntag, 19. Juni,** morgens 6.45 Uhr, findet die erste

gemeinsame Übung

aller vier Löschzüge mit anschließender

Jahreshauptversammlung

statt.

Die Löschzüge **2, 3 und 4** treten um **6 Uhr,** der Löschzug 1 um **6.30 Uhr** vor den Vereinslokalen an.

Das Erscheinen aller Kameraden erwartet

Faßbender
Oberbrandmeister.

Kasino Dierath

Samstag, den 18. Juni, abends 8.30 Uhr,

Versammlung

Tagesordnung:
1. Zahlung der Bezüge.
2. Bestellungen
3. Verschiedenes.

Anschließend Besprechung d. Stierhaltungsgenossenschaft wegen Haltung des 2. Stieres.

Der Vorstand.

Geld

für jeden Zweck gibt
Kreditbeschaffung G.m.b.H.
Köln-Mülheim
Buchheimerstr. 61.

Gewinnauszug
3. Klasse 39. Preußisch-Süddeutsche Staats-Lotterie.

Ohne Gewähr — Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

2. Ziehungstag — 16. Juni 1932

In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

2 Gewinne zu 10000 M. 12087
2 Gewinne zu 5000 M. 283726
6 Gewinne zu 3000 M. 108595 125028 150779
8 Gewinne zu 2000 M. 86595 298386 330094 341473
16 Gewinne zu 1000 M. 37562 61968 128874 184121 197803 203178 312391 385730
40 Gewinne zu 800 M. 8647 21640 27396 33839 100496 174699 180780 228833 235340 237958 259772 279811 283452 296134 305367 309942 361805 363341 376511 386930
56 Gewinne zu 500 M. 39909 41183 83046 97413 99447 105233 115809 124619 136612 141806 156462 169593 169613 196445 199168 245208 253460 268446 280656 283399 295791 311674 313110 317822 321599 327448 335939 380264

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

6 Gewinne zu 5000 M. 91400 274521 326800
8 Gewinne zu 3000 M. 63996 160354 282581 313172
10 Gewinne zu 2000 M. 15084 62925 296868 350710 371503
32 Gewinne zu 1000 M. 70527 118757 151013 174010 189487 204827 205273 228792 258868 268945 269345 326150 331600 337902 352789 389534
36 Gewinne zu 800 M. 8435 36408 41902 53515 55527 74378 111032 124849 135642 151410 184533 275839 280308 287201 307190 310493 355211 386499
52 Gewinne zu 500 M. 7130 23012 55271 66920 82037 84047 102267 110780 125745 128606 130525 130584 160014 163872 174262 216458 239037 255672 260117 271688 281158 293163 310567 311749 325988 391355

Die Ziehung der 4. Klasse der 39. Preußisch-Süddeutschen (265. Preußischen) Staatslotterie findet am 13. und 14. Juli 1932 statt.

Bergischer Volksbote

Burscheider Zeitung

Druck und Verlag von Hermann Claas, Burscheid — Nr 140 — 2. Blatt — Freitag, 17. Juni 1932

Schutz der Niederwildjagd

Herr Jagdaufseher Richard Wieden bittet uns um Aufnahme nachstehender Zeilen:

Jetzt, wo die Mähmaschine übers Feld geht, die Sense breite Schwaden in die Wiesen legt, beginnt für die Jagd wohl die verlustreichste Zeit des ganzen Jahres.

Die jungen Rehkitzchen werden von der Mähmaschine erfaßt, unzählige Gelege von Fasan und Feldhuhn gehen verloren, zum allergrößten Teil unverschuldet seitens der Mäher und Landwirte.

Kann solches einigermaßen verhütet werden? Ueberall da, wo das richtige Einvernehmen zwischen Jäger und Landwirt besteht, wird auch ein gegenseitiges Schadenzufügen vermieden werden zu Nutz und Frommen für Feld und Jäger.

In der jetzigen Zeit, wo vielfach Gelege von Feldhuhn und Fasan beim Mähen gefunden werden, sei auf einen großen Fehler, der hervorgerufen durch Herzensgüte der allermeisten Landwirte und Frauen, in sehr vielen Fällen gemacht wird, aufmerksam gemacht: Laßt genügend ums Nest stehen und rührt nicht daran, steckt keine Reiser und legt kein Heu ums Gelege, teilt es sofort dem Jagdherrn oder dem Jagdaufseher mit, führt keine Kinder an solche Stellen, denn bei mehrfachem Stören verläßt der Fasan stets sein Nest, und alle Mühe ist vergebens. An alle aber, die ein Gelege finden, die dringende Bitte: Laßt euch nicht verleiten, die Eier mitzunehmen, sondern meldet es dem Jagdpächter und eine Belohnung wird nicht ausbleiben.

Forstland für Siedlungszwecke

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat der Preußische Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten sich seit langem angelegen sein lassen, Forstländereien für Siedlungszwecke zur Verfügung zu stellen. Nachdem in neuerer Zeit das Bedürfnis nach Siedlungsland immer stärker hervortritt, wird dem auch seitens der Preußischen Staatsforstverwaltung in erhöhtem Maße Rechnung getragen werden. Dabei wird zur Wahrung der Belange der Siedler sowohl wie des Staatsganzen nach bestimmten Grundsätzen verfahren. Abgegeben werden jedoch nur Waldgrundstücke, deren Böden landwirtschaftliche Nutzung unbedingt lohnen, damit die Siedler vor Rückschlägen bewahrt werden.

Bei der schweren Absatzkrise für Holz muß darauf gesehen werden, daß die abzutretenden Flächen verwertbaren Baumbestand tragen. Wo geeignete Flächen in Gemeinde-, Genossenschafts- und ähnlichen Waldungen zur Verfügung stehen, sollen auch die Gemeinden als Träger der Siedlung geeignete Flächen ihres Waldes zur Urbarmachung abgeben.

Der Landwirtschaftsminister erhofft von diesen Maßnahmen, daß sie eine wirksame Hilfe in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sein werden. Um den Siedlern die Herstellung der erforderlichen Baulichkeiten zu erleichtern, sind mit dem Reichsarbeitsministerium Richtlinien ausgearbeitet worden, nach denen den Trägern der Siedlung Holz unter günstigen Zahlungsbedingungen zur Verfügung gestellt wird.

Fahrplansorgen

Aus dem Verkehrs- und Verschönerungsverein Wermelskirchen

Unter dem Vorsitze des Fabrikanten Robert Weber war der Vorstand des Verkehrs- und Verschönerungsvereins der Auffassung, daß der jetzige Fahrplan auf der Strecke Lennep — Opladen auch im Winterhalbjahr aufrecht erhalten werden müßte, um die Stadt mit lebenswichtigen Industrie- und Handelszweigen in ihren Verkehrsbeziehungen nicht zu behindern. Insbesondere wurde die Nachricht, nach der die Reichsbahn auf der genannten Strecke den Ausfall eines Zugpaares plant, besprochen. Es soll sich zunächst um den Ausfall des sogenannten Werkstättenzuges, ab Opladen 16.56, Mittwochs und Samstags ab 14.20 Uhr, handeln, der infolge der großen Arbeiterentlassungen auf der Eisenbahnwerkstätte eine sehr schwache Besetzung aufzuweisen hat. Hiergegen werden kaum Einwendungen zu erheben sein.

Mit Recht wurde auf den unhaltbaren Zustand hingewiesen, daß bei den jetzigen Fahrplänen der Autobuslinien Köln—Remscheid und Radevormwald—Opladen die Mittagswagen dieser Linien kurz hintereinander fahren. Die Erörterungen führten zu dem Ergebnis, bei den zuständigen Stellen Schritte zu unternehmen, um eine organische Eingliederung der Fahrtzeiten der Autobuslinien in den Fahrplan der Reichsbahn zu erreichen. Auf diesem Gebiete sind ohnehin durchgreifende Aenderungen zu erwarten, nachdem die Bearbeitung sämtlicher Verkehrsfragen dem Reichsverkehrsministerium übertragen ist.

Aus der Heimat

Tagung des Bergischen Geschichtsvereins in Solingen

Der Bergische Geschichtsverein wird, einer Einladung der Abteilung Solingen entsprechend, am morgigen Samstag in Solingen tagen. Vorgesehen ist eine Besichtigung des Industriemuseums, an die sich eine Fahrt nach Burg Hohenscheid anschließt, wo nach der Kaffeetafel die Hauptversammlung stattfindet, bei der Professor Bernhardt-Solingen einen Vortrag über älteste Geschichte des Bergischen Landes halten wird. Heimatfreunde sind herzlich willkommen.

Uebung und Jahreshauptversammlung der Feuerwehr Burscheid

Am kommenden Sonntag, den 19. Juni, morgens 6,45 Uhr, findet die erste gemeinsame Uebung aller vier Löschzüge mit anschließender Jahreshauptversammlung statt. Die Löschzüge 2, 3 und 4 treten um 6 Uhr, der Löschzug 1 um 6,30 Uhr vor den Vereinslokalen an.

Im Anzeigenteil der vorliegenden Ausgabe betont der Oberbrandmeister, daß das Erscheinen aller Kameraden erwartet wird.

Morgenwanderung des Naturheilvereins

Am kommenden Sonntag, den 19. Juni, unternimmt der hiesige Naturheilverein eine Morgenwanderung durch den Hagen, Bornheim, Dierath, Hamberg, Klief, Dürscheid zum Licht-Luftbad auf dem Drauberg. Der Abmarsch erfolgt punkt 5,30 Uhr ab Ecke Mittel- und Hauptstraße.

Siehe auch Anzeige in vorliegender Ausgabe.

Konzert der Krefelder Husaren

Wie bereits berichtet, findet am kommenden Sonntag, den 19. Juni, in der hiesigen Schützenburg auf Veranlassung des Vereins ehem. Kürassiere „Bergisch Land" ein großes historisches Konzert der ehem. 11. Husaren Krefeld statt. Die Kapelle spielt in der alten Husaren-Uniform, wird aber im Laufe des Konzerts auch die alten Garde-Uniformen vorführen. Als Extraeinlagen werden aufgeführt: Aufziehen der Schloßwache in der Uniform des 1. Garde-Regt. zu Fuß, Der alte Fritz nimmt die Parade ab und spielt auf seiner Flöte, Andreas Hofer, Der grüne Husar und Vater Blücher.

Der Eintrittspreis beträgt 50 Rpf. und 10 Rpf. Steuer, Erwerbslose zahlen die Hälfte. Karten im Vorverkauf sind zu haben bei Frau Ernst Steffens, Otto Weber und Cuno Adams.

Wir verweisen auch auf die diesbezügliche Anzeige in vorliegender Ausgabe.

Kirmes in Markusmühle

Wie alljährlich, so findet auch in diesem Jahre am Sonntag und Montag die altbekannte und beliebte Kirmes in Markusmühle statt. Es ist jedenfalls bekannt, daß allen Teilnehmern an dieser ersten Kirmes der Umgebung viele Freude bereitet wurde, zumal der Veranstalter A. Grütering in der kurzen Zeit seines Hierseins, sich viele Bekannte und Freunde erworben hat. Wir sind der Auffassung, daß viele die Markusmühler Kirmes besuchen werden.

Näheres wird durch Anzeige in morgiger Ausgabe bekannt gegeben.

Evgl. Singefreizeit in Neuenhaus-Hilgen

Am 23. und 24. Juli findet in Neuenhaus-Hilgen eine Singefreizeit statt, die unter Leitung des Musikdirektors Sprong aus Köln-Mülheim steht. Alle evgl. Jungmänner und Jungfrauen sind zur Teilnahme herzlichst eingeladen. Es wird zur Deckung der Kosten und Verpflegung ein geringes Tagungsgeld erhoben. Auch Nichtmitglieder von Vereinen sind herzlichst willkommen. Anmeldungen sind an Herrn Pfarrer Dr. Eickmann in Neuenhaus-Hilgen zu richten.

Generalversammlung der KOG

Die Generalversammlung der Kreis- Obst- und Gemüseverwertungsgenossenschaft war sehr gut besucht und nahm einen ruhigen Verlauf, wenngleich die Verlustbilanz ausführlich erörtert wurde. Die seinerzeit lebhaft besprochenen Vorgänge der letzten Jahre, die einen erheblichen Verlust zeitigten, kamen nochmals zur Erörterung. Der Verlust des letzten Jahres in Höhe von 11 000 Mark soll durch eine weitere Abschreibung von 50 Mark auf die Anteile und durch Einzahlung auf die Geschäftsanteile von 120 Mark gedeckt werden, womit sich die ordentliche Generalversammlung in ihrer Mehrheit einverstanden erklärte. Die Bilanz wurde genehmigt und dem Vorstand und Aufsichtsrat Entlastung erteilt. Der Geschäftsbericht des Geschäftsführers Reinirkens läßt eine günstige Entwicklung erwarten, wie auch Oberrevisor Schmieder betonte, daß die KOG gesund sei und sich selbst trage, wie sie auch die schädigenden Ereignisse der letzten Jahre überwinden werde. Herr Korfmacher, der sein Amt als Direktor niedergelegt hatte, wurde einstimmig zum Ehrenvorsitzenden gewählt. Vorsitzender wurde Herr Herm. Theissen. Neu in den Vorstand wurde Herr Eckstein (Leichlingen) und Herr Quack jun. gewählt, an dessen Stelle dafür im Aufsichtsrat Landrat Trimborn tritt. Neugewählt in den Aufsichtsrat wurde, wie schon berichtet, Herr Quack sen.

Landstraßenbau: Notwendigkeit

Die Landstraßen in Deutschland haben zusammen eine Länge von rund 220 000 Kilometern, das ist ungefähr viermal mehr als die Gesamtlänge der deutschen Eisenbahnen. Diese schienen die Bedeutung der Straßen zu vernichten, doch trat mit einem Schlage eine Aenderung ein, als mit dem Automobil sich der Verkehr wieder der Landstraße zuwandte.

Die Tatsache, daß durch eine Notverordnung der Güterfernverkehr auf Lastautos unter Reichsaufsicht gestellt wurde, beweist deutlich die hervorragende Rolle, die sich der Verkehrsweg „Straße" zurückerobert hat. Leider muß gesagt werden, daß der Zustand der Straßen nicht überall dieser Rolle entspricht, und deshalb ist es besonders zu begrüßen, daß man behördlicherseits umfassende Verbesserungen vorgesehen hat und so die doppelte Wichtigkeit der Landstraßen unterstreicht: als Mittel des Verkehrs und Gegenstand produktiver Arbeit. Die Erkenntnis, daß Vernachlässigung der Straßen Verschleuderung des darin angelegten Volksvermögens bedeutet, hat sich erfreulicherweise durchgesetzt.

Das Kleinpflaster ist derzeit für die meisten Fälle zu teuer. Die wassergebundenen Schotterstraßen haben heute am wenigsten Aussichten; wohl waren sie geeignet, den Verkehr mit Pferdefuhrwerken zu bewältigen, den Beanspruchungen des Automobils aber können sie kaum entsprechen. Sie sind durchlässig für Wasser, das in den Untergrund sickert und Senkungen für Pflasterdecke und Schlaglöcher hervorruft, die der Schrecken jedes Kraftfahrers sind und aus der Straße, die eben sein sollte, eine Berg- und Talbahn machen. Die aus dem Verband gelockerten Steine werden von den Gummireifen des schnellfahrenden Autos schließlich herausgeschleudert; allmählich zerbröckelt die Straße, die dauernden Ausbesserungen ausgesetzt ist. Diese hindern nicht nur den Verkehr, sondern sind auch teuer.

Die Entscheidung wird also meistens fallen zwischen den Teer- und den Bitumenstraßen, die beide gleichermaßen ihre Brauchbarkeit unter Beweis gestellt haben.

Die Bitumenstraßen haben gegenüber den Teerstraßen noch den größeren Vorteil, nicht alljährliche Nachbehandlung nötig zu haben, wie es bei ähnlichen Teerbauweisen meist der Fall ist. Die Sandasphalt-, Gußasphalt- und Asphaltbetonstraßen — die unter dem Sammelnamen „Bitumenstraßen" begriffen werden — wären die Straßen der Wahl, wenn nicht auch hier, wie es drastisch-plastisch heißt, der „Knüppel beim Hunde läge". Man wirft ihnen nämlich vor, ausländisch zu sein, aus Einfuhrprodukten hergestellt zu werden. Das läßt sich zwar nicht bestreiten, denn Ausgangsprodukt des Bitumens ist das Erdöl; aber die Kosten des eingeführten Erdöls, aus dem in deutschen Fabriken das Bitumen nebst Schmieröl und ähnlichen Oelen gewonnen wird, sind geringer als der Erlös aus der Ausfuhr des in denselben Fabriken gewonnenen Bitumens und Oels von Deutschland in andere Länder. Die Bitumenindustrie ist eine Veredelungsindustrie, wie sie volkswirtschaftlich als die günstigste Form der Industrie überhaupt betrachtet wird. Sie schafft mehr Ausfuhr (Devisen), als sie Einfuhr (Devisen) verzehrt. Mit rund dreißig Millionen Mark hat man die Vorteile errechnet, die die deutsche Bitumenwirtschaft der deutschen Gesamtwirtschaft bringt. Ueberdies wäre es ein Irrtum, wollte man annehmen, daß der Straßenbauteer ein rein deutsches Produkt ist. Für 1930 hat man rund 70 000 Tonnen Teer festgestellt, die aus in deutschen Gasanstalten vergasten, aber eingeführten englischen Steinkohlen stammen. Die deutsche Kohlenindustrie hat schon häufig Klage darüber geführt.

Doch wie dem auch sei; man kann erwarten, daß die für den Straßenbau verantwortlichen Stellen sich allein von Gründen der Zweckmäßigkeit leiten lassen. Die Straßen sollen dem Verkehr dienen und zwar in weitgehend günstiger Weise, um nicht hemmend, sondern fördernd zu sein. Die schlechte Beschaffenheit vieler Landstraßen erfordert in allen Teilen des Reiches baldige Bauarbeiten. Je ausgedehnter diese sein werden, und je besser und haltbarer die verwendeten Baustoffe sind, um so günstiger für Verkehr und Volkswirtschaft.

Heute Regierungsfunk

Der Reichsminister des Innern spricht im Rundfunk

In der für die Reichsregierung vorbehaltenen Rundfunkstunde spricht am Freitag, den 17. Juni, um 19 Uhr Reichsminister des Innern Freiherr von Gayl über die Notverordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni 1932. Die Rede wird von sämtlichen deutschen Rundfunkgesellschaften übertragen.

In der Regierungsfunkstunde sprach am Donnerstagabend Staatssekretär Zarden vom Reichsfinanzministerium über die neue Notverordnung. Er sagte, es komme nicht darauf an, zu fragen, ob die neue Notverordnung besser sei, als diejenige, die Brüning ausgearbeitet habe, sondern das Kernproblem sei, durch den Zusammenbruch der öffentlichen Hand den Zusammenbruch der Wirtschaft zu verhüten.

Groß-Oesinghausener Turner-Bund

Auf dem Kreisfest in Rheindorf des Kreises 3 Rheinbezirk im freien deutschen Turner-Bund errang der Groß-Oesinghausener Turnerbund folgende Preise: Ringen Bantamgewicht Fritz Blum den 4. Preis. Franz Störmann im Stemmen Bantamgewicht den 5. Preis. Im Dreikampf Jugend Jahrgang 16/17 errang Alfred Otto den 1. Preis. Cuno Freyn den 9. Preis im Jahrgang 13/14. Erwin Ebener den 4. Preis am Reck. Aufmarsch B-Klasse erkämpften wir die Meisterschaft. Im Festzug A-Klasse den 1. Ehrenpreis. Gut Heil.

Aus dem hiesigen Krankenhaus entlassen

wurde auf eigenen Wunsch und auf Wunsch der Familienangehörigen auch der bei dem Rixhauser Zusammenstoß durch Lungenschuß schwer verletzte Hugo Sondermann. Er befindet sich seit zwei Tagen im Hause seiner Eltern in Neuenhaus in ärztlicher Behandlung. Sein Zustand hat sich etwas gebessert.

Das durch einen Unterleibsschuß verletzte Mitglied der nat.-soz. Partei Prange befindet sich noch im hiesigen Krankenhaus.

Lohnverhandlungen in der Schuhindustrie

Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, finden die angekündigten Lohnverhandlungen in der gesamten deutschen Schuhindustrie am kommenden Montag, den 20. Juni, in Frankfurt am Main im Gebäude der Handelskammer statt.

Diesen Verhandlungen, deren Ausgang natürlich auch für die hiesige Schuhindustrie von außerordentlicher Bedeutung ist, sieht man in allen Kreisen mit größtem Interesse entgegen.

Verlegung der rheinischen Schulferien?

Im preußischen Kultusministerium schweben, wie die Kölnische Volkszeitung meldet, Erwägungen, die Schulferien für den Westen um einige Tage zu verlegen, um zu verhindern, daß der Wahltag in die Ferien fällt. Eine Entscheidung ist darüber noch nicht getroffen.

Das Wetter bleibt schön

Ueber die Wetteraussichten zum Wochenende schreibt die Aachener Wetterwarte:

Das mächtige und umfangreiche Hochdruckgebiet führt zu einer weitgehenden Stabilisierung der Wetterlage. Da es weiterhin von Norden her durch Kaltluft gestützt wird, verspricht es eine längere Lebensdauer. Seine Auswirkung auf unsere Gebiete besteht in sommerlich schönem Wetter von ziemlicher Beständigkeit.

Anmeldungen politischer Versammlungen gebührenfrei

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat der Preußische Minister des Innern im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen zum Reichstag an alle Polizeibehörden einen Erlaß gerichtet, der in der nächsten Nummer des „Ministerialblattes für die Preußische innere Verwaltung" veröffentlicht werden wird. In diesem Erlaß wird angeordnet, daß die auf Grund früherer Erlasse aus dem April des Jahres 1931 auszustellenden Bescheinigungen über Anmeldungen geplanter öffentlicher politischer Versammlungen, Lastkraftwagenfahrten durch Mitglieder politischer Vereinigungen oder zu politischen Zwecken, über erfolgte Vorlage von Plakaten und Flugblättern politischen Inhalts als überwie-

Achtung! Benzin!

Wieder und immer wieder hört man von Unglücksfällen und Bränden, die durch leichtfertiges Umgehen mit Petroleum, Spiritus, Benzin oder einem anderen feuergefährlichen Stoff hervorgerufen worden sind. Benzin ist noch weit gefährlicher als Spiritus, und man sollte mit diesem Stoffe nie in der Nähe des geheizten Ofens oder Plättstahls, noch bei offenem Licht hantieren. Rauchen beim Hantieren mit diesem gefährlichen Stoffe ist frivoles Spiel mit dem Leben.

Vor kurzem ereignete sich in Dresden ein schwerer Unglücksfall infolge leichtfertiger Benutzung von Benzin. Eine furchtbare Explosion erfolgte, bei der zwei Menschen das Leben einbüßten.

Die 46 Jahre alte Ehefrau des Kriegsbeschädigten Richter auf der Kaitzer Straße befand sich mit ihrer 17jährigen Tochter am 3. Oktober in der Küche. Um Kleider mit Benzin zu reinigen, hatten die Frauen Benzin in eine Waschschüssel getan. Da das Küchenfenster geschlossen war, haben sich anscheinend Benzindämpfe in der Küche gebildet, die durch das Ofenfeuer in Brand gesetzt wurden, wodurch auch das in der Schüssel befindliche Benzin sofort in Brand geriet und eine außerordentlich starke Explosion, die sogar Risse in den Mauern verursachte, die Folge war. Im Nu stand alles in lodernden Flammen, auch die beiden Frauen. Die Mutter flog mit der ganzen Türfüllung auf den Korridor; die Tochter lief wie eine brennende Furie in ihrer Todesangst nach dem Hofe. Obwohl Nachbarn herbeieilten, über die brennenden Frauen Decken warfen und die herbeieilende Feuerwehr die Unglücklichen in Leinöl und Watte packten, starben die Frauen unter unsäglichen Schmerzen.

Wenn doch dieser Fall zur Vorsicht dienen wollte, damit nicht stets von neuem derartige selbstverschuldete Unglücksfälle Tatsache werden!

---

gend im öffentlichen Interesse erfolgte Amtshandlungen anzusehen sind. In Abänderung eines früheren Runderlasses vom 12. April 1932 bestimmt der Minister des Innern daher, daß bis auf weiteres von der Erhebung von Gebühren für die in dem vorgenannten Runderlaß aufgeführten Amtshandlungen abzusehen ist.

Verlegung des Amerikanischen Konsulats in Köln

Wie die Solinger Industrie- und Handelskammer mitteilt, wird das für den Solinger Kammerbezirk zuständige Amerikanische Konsulat in Köln ab 27. ds. Mts. seine Diensträume von Kaiser-Friedrich-Ufer 53 nach Kaiser-Friedrich-Ufer 21 verlegen.

Eine Kuh kalbt zweimal in zwei Tagen

Die große Seltenheit, daß eine Kuh in zwei Tagen zweimal kalbt, konnte dieser Tage ein Landwirt in der Bauernschaft Koblenz bei Hamm beobachten. In der Nacht zum letzten Sonntag brachte eine ältere Milchkuh ein Kalb zur Welt. Die Geburt ging unter normalen Verhältnissen vonstatten. Als am Abend, wie allgemein üblich, die Kuh zum erstenmale wieder gemolken wurde, konnte man keinesfalls erkennen, daß das Abkalben noch nicht beendet war. Nicht gering war daher das Erstaunen des Melkpersonals, als es am nächsten Morgen die Feststellung machte, daß die Milchkuh in der Nacht nochmals gekalbt hatte.

Eine für Ruhegehaltsempfänger bedeutungsvolle Arbeitsgerichtsentscheidung

Ein Handwerker, der 33 Jahre in Diensten der Stadt Köln stand, wurde in den Ruhestand versetzt. Er bezog neben seinem Ruhelohn Kriegsbeschädigten- und Invalidenrente. Nach der Ruhegeld-Ordnung der Stadt Köln vermindert sich der Ruhelohn um die Hälfte der monatlichen Invalidenrente, ausschließlich des Reichs- und Kinderzuschusses. Der Kürzungsbetrag belief sich auf 25,55 Mark monatlich, sodaß der Handwerker von der Stadt an Ruhegeld statt 98,25 nur 72,70 Mark erhielt.

Durch die Notverordnung des Reichspräsidenten vom Dezember v. Js. sind nun zum Zwecke der Entlastung der Landesversicherungsanstalt die Invalidenrenten teilweise zum Ruhen gekommen. Der Handwerker bezieht aufgrund der Notverordnung aus der Invalidenrente statt früher 57,10 Mark nur noch 13,80 Mark. Die Stadt Köln hat aber diese Verminderung unberücksichtigt gelassen und das Ruhegeld um den gleichen Betrag gekürzt, als wenn der Handwerker noch die Invalidenrente in voller Höhe erhielt.

Der Handwerker machte am Arbeitsgericht den nach seiner Ansicht zu viel gekürzten Ruhegeldbetrag in Höhe von 43,30 Mark durch Klage geltend. Der Vertreter der Stadt berief sich darauf, daß der Anspruch aus der Invalidenversicherung nur ruhe und nicht endgültig beseitigt sei; auch könne es nicht dem Sinn der Notverordnung entsprechen, die Gemeindefinanzen zu belasten, um die Sozialversicherungsanstalt zu entlasten. Der Kläger machte aber geltend, daß der Wortlaut der Ruhegeldordnung, in der die Anrechnung der Invalidenrente auf das Ruhegeld davon abhängig gemacht werde, daß die Ruhegeldempfänger aufgrund der Reichsversicherungsordnung eine Rente „erhalten". Von „erhalten" könne aber keine Rede sein, wenn er nur einen theoretischen Anspruch habe, aber das Geld nicht bekomme. Die Stadt Köln wurde zur Zahlung des gekürzten Ruhegeldes verurteilt.

Ursprünglicher Mietsvertrag und Nebenabreden

Nach den Paragraphen 566 und 586 des BGB bedürfen alle Mietsverträge, die sich auf mehr als ein Jahr erstrecken, schriftlicher Form. Die schriftliche Bestätigung mündlicher Vereinbarungen genügt hierbei nicht. Die Vertragsurkunde muß von beiden Parteien eigenhändig unterzeichnet und gleichlautende Vertragsurkunden ausgetauscht werden. Ist dies nicht der Fall, so gilt der Vertrag als für unbestimmte Zeit getroffen und kann von beiden Parteien zum Jahresende gekündigt werden. Es gibt aber noch die Möglichkeit von Nebenabreden und nachträglichen Vereinbarungen nach Vorliegen eines formgerechten Mietsvertrages. Wird durch sie am Inhalt des Vertrages etwas geändert, so hat der Vertrag seine ursprüngliche Kraft eingebüßt und gilt, selbst wenn es sich nur um spätere mündliche Abreden handelt, nur noch als auf unbestimmte Zeit abgeschlossen. Handelt es sich jedoch um nachträgliche Vereinbarungen, die nur Teile eines Sonderabkommens sind, das nur irgend einen wirtschaftlichen Zusammenhang mit dem eigentlichen Vertrag hat, so bleibt dieser unberührt.

Drei schwarze Punkte im gelben Feld

Dieses Abzeichen ist als Verkehrsschutzzeichen für Blinde und Taube international anerkannt. Es wird als Binde an einem Arm, als Abzeichen auf der Aktentasche oder als Handweiser zum Gebrauch gegenüber besonderen Verkehrsgefahren benutzt. Wer das Zeichen zeigt, sei er nun ein Blinder oder ein Tauber, richtet damit an das Publikum die Bitte, ihm im Verkehr, namentlich beim Ueberschreiten einer Straße, behilflich zu sein. Den Fahrzeugführern dient es zur Warnung. In der Form der Armbinde wird das Zeichen von denjenigen, die nicht dauernd auffallen wollen, ungern getragen, es wird in Form des Handweisers oder als Schild auf der Aktentasche immer stärkere Einführung finden. Das Publikum wird gebeten, diese Zeichen freundlich beachten und insbesondere nicht einem das Zeichen benutzenden Tauben deshalb, weil er sehen kann, einen Vorwurf machen zu wollen. Der Taube bedarf im Verkehr ebenso des Schutzes, wie der Blinde.

Schone deinen schreibenden Nachbar

auf der Post! Schreibe dort am Pult nicht ellenlange Briefe, so daß deinetwegen so und so viele Leute, die es eilig haben und nur rasch eine Adresse schreiben wollen, wegen dir eine halbe Stunde warten müssen. Bist du mit schreiben fertig, so rücke nicht am Pult, daß dem neben oder vor dir Schreibenden die Feder verstaucht. Nimm immer die Rücksichten, die du von anderen verlangst. Unsere lieben Frauen haben oft die Angewohnheit, von rechts an den Schalter zu treten, wenn links hübsch hintereinander eine Schlange von Leuten steht, die ebenfalls abgefertigt werden möchten und schon lange stehen und warten. Auch das liebenswürdigste: „Ich will nur eine Zehnpfennigmarke" kann den Verdruß nicht hinwegwischen, den man bei solcher Vordrängelei empfindet. Denke immer, daß es andere Leute auch eilig haben und mancher vielleicht geduldig wartet, der nur eine Vierpfennigmarke wünscht und es auch noch eilig hat, zur Bahn zu kommen.

Aus der näheren Umgebung

Solingen

Todesopfer eines Verkehrsunglücks

Donnerstag löste sich an dem Lieferwagen einer Solinger Firma während der Fahrt auf der Mangenbergerstraße in Merscheid ein Rad, wodurch der Kraftwagen gegen einen Straßenbahnmast fuhr. Während der Führer des Kraftwagens nur leichtere Verletzungen erlitt, wurde ein neben dem Führer sitzender Mann mit Namen Zisloven, der nicht zu dem Personal der Firma gehört, schwer verletzt. Er wurde in das Ohligser Krankenhaus übergeführt, wo er inzwischen den schweren Verletzungen erlegen ist.

Wieder politische Zusammenstöße in Solingen

Mittwochabend in der zehnten Stunde kam es in den Vorspeler Anlagen wiederum zu einer Schlägerei zwischen Mitgliedern der KPD und NSDAP, an der sich 50 bis 60 Personen beteiligten. Etwa fünf Personen trugen Verletzungen davon. Als das Ueberfallkommando eintraf, flüchteten die Beteiligten nach allen Seiten; doch gelang es, fünf Personen zwangszustellen.

Wuppertal

Ueberfall im Eilzug

Ein blutiger Vorfall spielte sich in einem Eilzug Frankfurt — Köln — Oberbarmen ab. Mit einer großen, klaffenden Kopfwunde verließ eine Frau im Hauptbahnhof Wuppertal-Elberfeld den dort nach Mitternacht eintreffenden Eilzug. Nach ihrer Angabe ist sie auf der Fahrt zwischen Elberfeld-Steinbeck und Elberfeld-Hauptbahnhof in einem Abteil 2. Klasse von einem Mann überfallen und mit einem scharfkantigen Gegenstand über den Kopf geschlagen worden. Der Mann wollte ihr die Handtasche entreißen, sprang aber infolge der heftigen Gegenwehr beim Einfahren des Zuges in den Hauptbahnhof ab und konnte unauffällig entkommen.

Wuppertal. Der Nachfolger Franz von Hoeßlins. Die Wuppertaler Konzertgesellschaften haben sich entschlossen, als Nachfolger des nach Breslau berufenen Generalmusikdirektors Franz von Hoeßlin seinen Assistenten, Hellmuth Schnackenberg, zu wählen. Schnackenberg steht im 30. Lebensjahr, ist geborener Elberfelder und war Schüler von Braunsfels. Er wurde nicht mit einem festen Vertrag verpflichtet, sondern soll vorläufig zwei Konzerte dirigieren.

Oberbergisches

Wipperfürth. Viehseuche. In verschiedenen Viehbeständen des Kreises ist, nachdem kurz vorher die Maul- und Klauenseuche zum Erlöschen gebracht werden konnte, die Schweinepest ausgebrochen. Ueber alle verdächtigen Bestände ist die Stallsperre verhängt worden, außerdem erfolgte ein Verbot der Schweineausfuhr aus dem Bezirk. Die amtlichen Stellen haben auch alle anderen Maßnahmen veranlaßt, um die Seuche zu bekämpfen.

Telephondraht gestohlen

In der Nacht zum Dienstag wurde an der Bahnstrecke Bergisch Born — Winterhagen annähernd 400 Meter Leitungsdraht aus den Telephon- und Telegraphenleitungen herausgeschnitten. Etwa 250 Meter ließen die Diebe an Ort und Stelle liegen, die restlichen 150 Meter nahmen sie mit. Es ist dies innerhalb kurzer Zeit der sechste Drahtdiebstahl auf dieser Strecke.

Köln

Taschendiebstähle

In den letzten Tagen mehren sich wieder die Taschendiebstähle an der Abfahrstelle der Vorortbahnen auf dem Heumarkt. Die Diebe benutzen das Gedränge, das an schönen Tagen hier herrscht, um ihrem unsauberen Gewerbe nachzugehen. So wurde am Sonntag einer Frau aus der Handtasche die Geldbörse mit 25 Mark gestohlen. Einer anderen Frau wurde am Montag ebenfalls aus der Handtasche das Portemonnaie mit 15 Mark gestohlen. Am Dienstag wurde einer Frau aus der Manteltasche eine Geldbörse mit 32 Mark und auf dem Markt einer Frau aus der Handtasche die Geldbörse mit 33 Mark entwendet, sowie eine Reihe kleinerer Taschendiebstähle vermerkt.

Köln. 35 000 Kleingärten in Köln. Anläßlich einer Besichtigungsfahrt gab Beigeordneter Bergmann einen kurzen Ueberblick über den Stand der Kleingartenbewegung in Köln. Er betonte, daß sich in den letzten Jahren wieder eine sehr starke Zunahme an Kleingärten gezeigt habe. Bis zum vorigen Jahre habe der Kölner Verband der Kleingartenvereine 14 000 Mitglieder gezählt. Dazu seien im letzten Jahre auf Grund einer verstärkten Werbung für den Gedanken der Kleingartenbewegung 3000 neue Mitglieder gekommen, so daß heute die Zahl 17 000 organisierte Kleingarteninhaber erreicht sei. Angemeldet seien noch 2600 Anwärter, für die im Augenblick noch kein Gartenland zur Verfügung stehe. Von der Stadtverwaltung würde aber alles versucht, auch diesen Anwärtern einen Kleingarten zu beschaffen. Zu den organisierten Kleingärten käme in Köln noch eine große Zahl privater Gärten sowie Kleingartenanlagen des Eisenbahn- und Postpersonals. Diese Zahl, die sich nicht genau feststellen lasse, betrage nach vorsichtiger Schätzung ebenfalls 17 bis 18 000, sodaß heute in Köln etwa 35 000 Kleingärten von Kölner Familien betreut würden. Infolge der von der Reichsregierung eingeleiteten Siedlungsaktion seien für Kölner Kleingartenanlagen 168 000 RM. zinsloser Kredit bewilligt worden. Mit diesem Gelde sollten für Erwerbslose, die dem vorhin genannten Verband angehören müßten, Kleingärten zur Verfügung gestellt und eingerichtet werden.

Köln. Ein 4jähriges Kind verbrüht. In Köln-Nippes verbrühte sich in der elterlichen Wohnung ein vierjähriges Mädchen mit heißer Lauge. Das Kind spielte in der Küche und stürzte beim Rückwärtsgehen in den Kessel. Es erlitt so schwere Brandverletzungen, daß es kurz nach der Einlieferung ins Krankenhaus starb.

Köln. Diebstähle auf der Ausstellung „Schutz von Eigentum und Leben". Wie aus einer Anzeige an die Kriminalpolizei hervorgeht, sind verschiedene private Besucher auf der Ausstellung „Schutz von Eigentum und Leben" in der Kölner Messehalle bestohlen worden, und zwar wurden erbeutet: Ein Motor eines Zählwerks, zwei Lichtstrebel, eine Gasmaske und zwei Gummiknüppel, ferner mehrere Dietriche. In einem Fall hat sich der Dieb eine besondere Freude daraus gemacht, ein gestohlenes Schloß der Ausstellungsleitung durch die Post wieder zur Verfügung zu stellen.

Köln. Der Oberspielleiter der Kölner Oper, Dr. Erich Hetzel, ist als Oberspielleiter an die Wiener Volksoper verpflichtet worden. Auf Antrag des Generalintendanten Neudegg von Magdeburger Stadttheater, der mit Beginn der nächsten Spielzeit zum Oberspielleiter der Kölner Oper verpflichtet worden war, ist der Vertrag mit ihm wieder gelöst worden. Wie verlautet, geht Neudegg als Intendant an das Stadttheater in Basel.

Gestörte Rundfunkübertragung

Dienstagabend wurde an der Geschäftsstelle der NSDAP. in Köln, Apostelnkloster, am geöffneten Fenster die Rundfunkrede des Reichstagsabgeordneten Strasser hörbar gemacht. Es sammelten sich etwa 300 Personen an. Aus verkehrspolizeilichen Gründen ordnete die Polizei an, den Lautsprecher abzuschwächen oder das Fenster zu schließen. Hierbei kam es zu Widersetzlichkeiten, so daß drei Personen festgenommen werden mußten. Der Polizei gelang es sehr bald, die Menge zu zerstreuen und das normale Straßenbild wieder herzustellen.

In diesem Zusammenhang teilt der Kölner Polizeipräsident mit, daß Lautsprecher, die durch ihre Lautstärke gut hörbar auf die Straße übertragen, aus Verkehrsrücksichten und Gründen der allgemeinen Ruhe und Ordnung verboten sind. Uebertragungen politischer Reden in solcher Art können Ansammlungen herbeiführen und somit eine öffentliche Versammlung darstellen, die nicht angemeldet und gemäß Notverordnung vom 28. März v. J. verboten ist. Die Polizei wird in allen diesen Fällen gegen die Auswüchse einschreiten.

Düsseldorf

Düsseldorf. Mordversuch an der Gattin. Abends gegen 23 Uhr gab der 64jährige Invalide Johann Rütten anscheinend aus Eifersucht auf seine 35jährige Frau im Beisein ihres Mannes aus einer Selbstladepistole einen Schuß ab, der jedoch das Ziel verfehlte. Als er das zweite Mal auf die Frau schießen wollte, versagte die Pistole infolge Ladehemmung, und es gelang der Frau, dem Angreifer die Waffe aus der Hand zu schlagen. Der Täter, der die Flucht ergriff, konnte festgenommen werden.

Aus dem Rhein-Wupper-Kreis

Die Leiche eines 60jährigen gelandet

Leverkusen, 17. Juni. Donnerstag Vormittag wurde aus dem Rhein die Leiche eines ungefähr 60jährigen Mannes aus dem Rhein gelandet. Nach den bei dem Toten vorgefundenen Papieren handelt es sich um einen Arbeiter Josef Fichter aus Düsseldorf, welcher früher hier wohnhaft gewesen ist.

Wieder ein Weidediebstahl

Leverkusen, 17. Juni. In der Nacht zum Donnerstag wurde in Schlebusch von einer Weide des Teitscheiderhofes ein zweijähriges Rind gestohlen und in der Nähe abgeschlachtet. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

Sprengungen an der Dynamitfabrik

Leverkusen, 17. Juni. In den letzten Tagen konnte man des Abends, in der Zeit von 9 bis 10 Uhr, in Leverkusen und weit darüber hinaus, sogar bis nach Burscheid hin, starke Detonationen wahrnehmen. Im ersten Moment dachte man vielfach an ein heraufziehendes Gewitter, bis man durch die Entwicklung der Wetterlage bald eines anderen belehrt war. Es handelt sich nämlich um Sprengungen, die an der Dynamitfabrik vorgenommen wurden. Wahrscheinlich war dazu ein so später Zeitpunkt gewählt worden, weil man jegliche Gefahr für die Bevölkerung ausschalten wollte.

Neues Strandbad in Leverkusen

Leverkusen, 17. Juni. In einer Kiesgrube in der Nähe des Leverkusener Stadions ist man seit einiger Zeit damit beschäftigt, als Ersatz für das nicht mehr eröffnete Strandbad Heide ein neues Strandbad anzulegen. Die Arbeiten sind soweit gediehen, daß mit der Eröffnung des Bades am Samstagmittag gerechnet werden kann. Das Bad besitzt Abteilungen für Schwimmer und Nichtschwimmer, weiter auch Umkleidemöglichkeiten in genügender Zahl.

Anerkannt

Baumberg, 17. Juni. Die am vergangenen Dienstag aus dem Rhein gelandete männliche Leiche, ist als die des seit 8 Tagen vermißten Bäckermeisters und Gastwirtes Bernhard Josef Schmick aus Godesberg anerkannt worden.

Er stellte sich der Polizei

Immigrath, 17. Juni. Der wegen Unterschlagung gesuchte Buchhalter Johann E. von der Firma Neumann u. Büren stellte sich heute der Polizei und wurde dem Amtsgericht Opladen vorgeführt.

Diebstahl einer wertvollen Geige

Langenfeld, 17. Juni. Einem hiesigen Musiker wurde am 13. Juni aus einem vor der Wirtschaft Freund in Solingen-Ohligs stehenden Auto eine wertvolle Geige im Werte von 800 RM gestohlen.

Achtet auf Bettler

Wermelskirchen, 17. Juni. Der Dieb, welcher am 10. ds. Mts. in einem Privathaus an der Pfarrstraße sich in das höhere, unbewohnte Stockwerk einschlich und aus einem Schlafzimmer einen größeren Geldbetrag stahl, konnte in einem Hausierer aus Remscheid ermittelt werden. Das Strafverfahren ist eingeleitet.

Neuenhammer verschwindet

Burg a. d. W., 17. Juni. Der im Eschbachtal gelegene „Neuenhammer", in dem wegen der fortschreitenden Vervollkommnung der Technik schon lange nicht mehr gearbeitet wird, befindet sich in einem trostlosen Zustande. Unbefugte Hände brachen Bretter und Balken ab und hießen sie mitgehen, sogar für die Dachziegel hatte man in reichem Maße Verwendung. Nunmehr hat sich der Besitzer veranlaßt gesehen, das noch Vorhandene auf Abbruch zu verkaufen, mit dem in den nächsten Tagen begonnen werden soll.

Das Neueste

In der heutigen Konferenzsitzung hat Reichskanzler von Papen mit der Darlegung des deutschen Standpunktes begonnen; ihm folgen Herriot, Chamberlain, Gradi und ein Vertreter Belgiens. Die Generaldebatte dürfte bereits heute zu Ende gehen. Es wurde Vertraulichkeit der Beratungen vereinbart. Die verschiedenen gemeldeten Besuche verliefen durchweg zufriedenstellend.

Wegen der neuen politischen Notverordnung des Reichspräsidenten sah sich das Schweriner Ministerium des Innern veranlaßt, das Verbot der politischen Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel aufzuheben.

Gegenüber den zur politischen Notverordnung durch die Regierungen von Bayern und Baden eingenommenen widersprechenden Standpunkten wird aus Kreisen der Reichs-Regierung erklärt, daß sie zunächst prüfen werde, aufgrund welchen landesrechtlichen Bestimmungen die Länder ihre von der Reichsnotverordnung abweichenden Anordnungen erlassen werde. Von dieser Prüfung wird das Reich seine Maßnahmen abhängig machen.

Die Spitzengewerkschaften werden eine gemeinsame Erklärung zu den neuen Notverordnungen abgeben.

Ein französisches Blatt verbreitet eine Unterredung mit dem Reichswehrminister Schleicher, der u. a. für eine Zusammenarbeit mit Frankreich eingetreten sei, aber diese von der Befreiung von der Schuldlüge, der Streichung der Tribute und der Beseitigung der Rüstungsungleichheit abhängig gemacht haben soll; dazu wird von zuständiger Stelle erklärt, daß es noch zu prüfen sei, ob die Aeußerungen des Ministers richtig wiedergegeben seien.

Auf einer Wahlkundgebung der NSDAP in Offenbach sprach Donnerstag abend Adolf Hitler.

Im Sklarek-Prozeß bat der erste Verteidiger der Gebrüder Leo und Willy Sklarek um Freispruch wegen Bestechung, Betrug und Konkursverbrechen und um eine milde Strafe wegen einfachen Konkursvergehens.

In den Abendstunden kam es in Wanne-Eickel zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten zu schweren Zusammenstößen, bei denen vier Personen verletzt wurden.

Heute früh wurde in Kissingen der wegen vierfachen Mordes zum Tode verurteilte Hilfsarbeiter Eugen Beyle hingerichtet.

Der frühere Präsident des Memeldirektoriums, Otto Böttchers, ist gestern in einer Königsberger Klinik gestorben.

In den Beratungen der Finanzsachverständigen über die österreichische Anleihefrage hat die österreichische Regierung bekanntgegeben, daß Oesterreich eine sofortige Entscheidung fordern müßte, andernfalls mit der Erklärung des Transfermoratoriums zu rechnen sei.

Der frühere italienische Finanzminister Graf Volpi verlangt in einem Leitartikel des Popolo d'Italia zur Lausanner Konferenz, daß diesmal alles aufgewandt werde, damit die Konferenz nicht wieder mit einem der üblichen Kompromisse ende.

Die beiden gestern zum Tode verurteilten Attentäter Borbone und Bardelopo sind heute früh im Tor Bravetto bei Rom hingerichtet worden.

Wie aus Gibraltar gemeldet wird, ist der englische 10 000-Tonnen-Dampfer „Ferdlee" an der algerischen Küste in dichtem Nebel auf einen Felsen aufgelaufen. Die Besatzung wurde gerettet.

Die Pariser Presse hebt aus dem Verlauf des ersten Tages der Lausanner Konferenz drei Hauptpunkte hervor, die sich auf die Reparationen, auf die Sicherheit und auf die deutsch-französische Annäherung beziehen. Was die Reparationen anlangt, so wird die Aufstellung eines gemeinsamen Entschließungsentwurfs über die vorläufige Einstellung der Tributzahlungen unterstrichen. Dieser Entschließungsentwurf, in dem der Ausdruck „Moratorium" nicht gebraucht ist, sondern „die Einstellung der Reparationszahlungen bis zur endgültigen Regelung durch die Lausanner Konferenz" vorsieht, soll den übrigen beteiligten Mächten zur Annahme unterbreitet werden.

Von englischer Seite machen sich wachsende Bestrebungen bemerkbar, die Tribut- und die Abrüstungsverhandlungen miteinander zu verkoppeln, zu welchem jetzt der englische Außenminister Simons unter anderem am Freitag nach Genf reisen wird.

Die englische Morgenpresse meldet ziemlich übereinstimmend, daß eine Einigung zwischen MacDonald und Herriot auf der Grundlage eines weiteren sechsmonatigen Moratoriums nicht zustande gekommen sei.

Rumänien wird sich in allernächster Zeit an den Völkerbund wenden, um durch dessen Vermittlung die Möglichkeit zur Regelung seiner finanziellen Lage zu erlangen.

Nach amerikanischen Meldungen brach am Donnerstagabend in Chile eine Gegenrevolution aus, die nach kurzem Kampf den Sieg errang Es wurde bereits eine neue Regierung gebildet, in der auch Davila einen Sitz hat.

Neuerrichtung der SA

Im „Völkischen Beobachter" wird an erster Stelle heute ein Erlaß Adolf Hitlers veröffentlicht, in dem dieser die Neuerrichtung der SA anordnet und mit der Durchführung den Chef des Stabes Ernst Röhm beauftragt. Auch die Gruppenführer der SA werden vorläufig in ihren Dienststellen und Dienstbereichen wieder ernannt. Die SS wird durch den Reichsführer H. Himmler neu aufgestellt Die gesamten organisatorischen Anordnungen der früheren SA gelten zunächst als Anhalt. Sie werden in Kürze neu erlassen.

Nach dem Erlaß Hitlers werden Aufrufe an die SA, SS und NSKK sowie an die Hitlerjugend von den Führern dieser Organisationen veröffentlicht.

von Papens Rede in Lausanne

Reichskanzler von Papen sprach heute vormittag in der geschlossenen Vollsitzung der Lausanner Konferenz als erster. Einleitend ging er kurz auf die gestrigen Ausführungen MacDonalds ein, um festzustellen, daß es sich nicht um ein juristisches Problem handele, da die Haager Abkommen rechtsgültig unterzeichnet seien und von niemanden abgeleugnet würden. Es handelt sich vielmehr um die bestehenden Tatsachen, aus denen die notwendigen Folgerungen zu ziehen seien. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen gab der Reichskanzler ein großangelegtes Bild der Weltwirtschaftslage, wobei er zeigte, wie sich die Weltwirtschaft bei der Schaffung des Youngplans im Jahre 1929 gewandelt hat und aus Optimismus in Pessimismus und Verzweiflung übergegangen ist. Die Arbeitslosigkeit, die Einstellung von Zahlungen nach dem Auslande, das Absterben des Kapitals und Kreditverkehrs, die Gewichtsverschiebung der Schulden infolge der Steigerung des Goldwertes und des Fallens der Warenpreise, alle diese Erscheinungen zeigen, daß eine Neuordnung unvermeidlich wird.

Im weitern entwickelte der Reichskanzler den Zusammenhang zwischen politischer Verschuldung, Goldverteilung und Güteraustausch. Er zeigte den Zusammenhang zwischen Handelsbilanz und Goldverteilung und gab ein Bild der jetzigen Kreditkrise.

Im zweiten Teil seiner Darlegungen behandelte der Reichskanzler besonders die Lage in Deutschland. Er wies darauf hin, daß der Beratende Sonderausschuß bereits im vorigen September die damalige Sonderbelastung Deutschlands als das Maximum bezeichnet habe, daß man aber jetzt noch neue Steuern habe ausschreiben müssen, um den Betrieb des Staates überhaupt aufrecht zu erhalten. Arbeitslosigkeit, Hoffnungslosigkeit, Radikalisierung und Schrumpfung des Devisenaufkommens, Zinsen- und Tilgungsdienst auch nur für die privaten Auslandsschulden aufzubringen, das seien Symptone dieser Entwicklung.

Auf die Einzelheiten des Reparationsproblems übergehend, wies der Reichskanzler darauf hin, daß man die Atempause nicht benutzt habe, die Präsident Hoover vor einem Jahre mit seinem Plane bezwecte, daß ebensowenig die verschiedenen Empfehlungen der Sachverständigen berücksichtigt worden seien. Die deutsche Auslandsverschuldung beruhe zum großen Teil auf der Substanzübertragung infolge der Reparationsleistungen; mehr als 10 von den 18 Milliarden Auslandsanleihen seit der Stabilisierung Deutschlands seien durch die Barzahlungen für Reparationszwecke wieder ins Ausland zurückgeflossen.

Der Reichskanzler widerlegte dann die Auffassung, als würde eine Befreiung Deutschlands von seinen Schulden seine Konkurrenzfähigkeit übermächtig gestalten. Die Inflation habe die Wertfähigkeit der deutschen Wirtschaft geschwächt und nicht gestärkt. Der Staatshaushalt muß auch seinen hohen sozialen Aufwendungen nachkommen.

Zum Schluß kennzeichnete der Reichskanzler die gefährliche Geschichte der Reparationen als eine Reihe von Experimenten, bei denen jedesmal ein Maximum an Leistungen Deutschland auferlegt worden sei. Die Rückwirkungen dieses Verfahrens seien jetzt handgreiflich geworden.

Die Reparationsleistungen haben sich als unmöglich und als fälschlich erwiesen und die Erfahrungen schließen die Möglichkeit neuer Experimente dieser Art aus, die den gleichen Mißerfolg haben müßten. Die Besserung ist von einer Entlastung der Weltwirtschaft von solchen Störungen durch wirtschaftswidrige politische Zahlungen abhängig. Die Reparationen, die ursprünglich zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete bestimmt waren, bauen nicht auf, sondern zerstören ihrerseits.

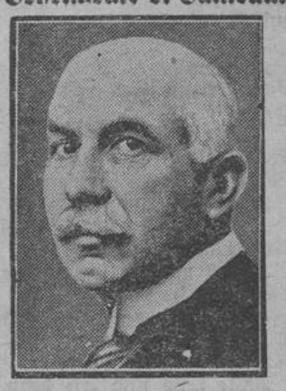
Es handelt sich um eine Arbeit, die den Blick auf die Zukunft richtet. Die Zeit der kleinen Mittel, der Atempausen, der Vertagungen ist endgültig vorüber. Es muß ganze Arbeit geleistet werden. Der Kanzler schloß mit dem Ausdruck der Erwartung, daß diese Konferenz aus dem verhängnisvollen Irrglauben der Vergangenheit unverzüglich herauskomme und den Weg zur Zusammenarbeit freimache, die uns allein einer besseren Zukunft entgegenführen könne.

Recht so, Grete Heublein!

Fräulein Heublein (SSVg. Barmen) erzielt eine Weltbestleistung

Im Rahmen der Sportveranstaltung der Barmer SSVg. zugunsten der Nothilfe erzielte die Barmer Weltrekordlerin und Olympiakandidatin, Fräulein Grete Heublein, Mittwochabend durch einen Diskuswurf von 40,28 Meter eine Welthöchstleistung, die allerdings nicht als Rekord Anerkennung finden dürfte, weil der Wurf inoffiziell ausgeführt wurde. Auch die übrigen Würfe lagen recht hart an der Weltrekordgrenze, so daß die Wuppertalerin, nach ihrer augenblicklichen Form zu urteilen, nicht mit schlechten Hoffnungen nach Los Angeles fährt.

Tragischer Unglücksfall des Geheimrats v. Guilleaume



Geheimer Kommerzienrat Max von Guilleaume, einer der bekanntesten rheinischen Industriellen, ist einem tragischen Unglücksfall zum Opfer gefallen: auf bisher noch ungeklärte Weise löste sich bei der Untersuchung seines Jagdgewehres ein Schuß und tötete ihn auf der Stelle

15 Monate Gefängnis für Pforte

Zu Beginn des vierten Verhandlungstages im Betrugsprozeß Pforte hielt der Staatsanwalt seine Anklagerede. Er hält den Angeklagten des Vergehens gegen die §§ 312 und 314 des HGB (Betrug und Untreue) für schuldig. Er beantragte nach Würdigung aller Umstände gegen Generaldirektor Pforte eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren unter Anrechnung der Untersuchungshaft und eine Geldstrafe von 5000 RM oder ersatzweise für je 100 RM einen Tag Gefängnis.

Nach zweistündiger Beratung verkündete das Gericht folgendes

Urteil:

Der Angeklagte wird wegen Vergehens gegen § 312 des Handelsgesetzbuches in Tateinheit mit § 314 zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt, außerdem zu einer Geldstrafe von 5000 Mark, ersatzweise für 100 Mark einen Tag Gefängnis. Die Untersuchungshaft wird voll angerechnet. Der Haftbefehl bleibt aufrechterhalten, jedoch wird der Verurteilte nicht wieder in Haft genommen, wenn die Kaution bestehen bleibt.

Westdeutsches

Gladbach-Rheydt. Selbstmordversuch eines Ungetreuen. Nachmittags hat sich ein 50 Jahre alter Gewerkschaftssekretär des Baugewerksbundes vier Schüsse in Kopf, Stirn und Brust beigebracht. Der Mann liegt mit lebensgefährlichen Verletzungen im Krankenhaus. In einem hinterlassenen Brief an seine Frau bekennt er, einige hundert Mark unterschlagen zu haben, die ihm bei der Revision fehlten.

Gladbach-Rheydt. Rücksichtsloser Autofahrer. Wieder einmal scheint ein Autoführer die Gemütsroheit besessen zu haben, daß er sich um einen von ihm Ueberfahrenen nicht kümmerte. In den frühen Morgenstunden fanden in einer Hauptverkehrsstraße Polizeibeamte einen 50jährigen pensionierten Fabrikmeister von hier bewußtlos mit einer klaffenden Wunde am Unterkiefer auf dem Pflaster liegen. Der Verletzte wurde ins Krankenhaus gebracht. Hier erlag er am Abend seinen Verletzungen. Zeugen des Unfalles sind nicht vorhanden. Es wird vermutet, daß der Tote von einem Auto angefahren und hilflos auf der Straße liegen gelassen worden ist.

Aachen. Ungeklärter Unfall. Am Nachmittag ist im Uebertagetrieb der Zeche „Carolus Magnus" auf bisher noch nicht geklärte Weise der 16jährige Arbeiter Wilhelm Goddinger aus Palenberg verunglückt. Man fand ihn mit einem doppelten Schädelbruch tot auf. Da er allein an der Unglücksstelle war, weiß noch niemand, wie das Unglück geschah. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Gerolstein. Ein Schmuggler gefaßt Schon seit längngerer Zeit beobachteten Zollbeamte aus dem Kreise Daun einen Mann, der ihnen als gewerbsmäßiger Schmuggler bekannt war. Die bei ihm vorgenommenen Haussuchungen verliefen jedoch immer ergebnislos. Jetzt wurde der Mann in dem Augenblick gestellt, als er mit Schmuggelware schwer bepackt seiner Wohnung zueilte. Beschlagnahmt wurden 260 000 Blatt Zigarettenpapier, 120 Päckchen Tabak und acht Pfund Kaffee. Außerdem wurden ihm ein Fahrrad und eine Pistole mit sieben Schuß abgenommen. Der Untersuchungsrichter hat Haftbefehl gegen ihn erlassen.

Ibbenbüren. Urnen aus der Steinzeit. Am Schlickelder Weg wurde bei Kultivierungsarbeiten eine alte Urnenstätte entdeckt, deren Beschaffenheit auf eine Herkunft aus der Steinzeit schließen läßt. Leider konnten die wertvollen Altertümer nur beschädigt geborgen werden. Man fand außerdem noch Beigaben, Steinwerkzeuge usw.

Schleiden. Eine Kindesleiche aufgefunden. Auf Veranlassung von Dorfbewohnern von Herhahn wurde von der Landjägerei die Durchsuchung einer Scheune in Herhahn vorgenommen. Unter Gras und Spreu versteckt, fand man die Leiche eines neugeborenen Kindes, die wahrscheinlich schon mehrere Tage dort gelegen hatte. Die Kindesmutter wurde bald darauf ermittelt. Bei ihrer Vernehmung gab sie an, das Kind wegen der Vorwürfe ihrer Mutter und ihres Bruders in der Scheune geboren zu haben. Durch die Aufregung bei der Geburt sei sie ohnmächtig geworden. Als sie wieder zu sich gekommen sei, habe das Kind tot neben ihr gelegen. Durch die Obduktion wird festgestellt werden, ob das Kind lebend geboren wurde oder ob die Mutter es nach der Geburt vorsätzlich getötet hat.

Detmold. Ein Kind in der Viehtränke ertrunken. In Pivitsheide fiel ein zweijähriges Mädchen in einem unbewachten Augenblick beim Spielen in eine zum Tränken des Viehes besonders tief ausgehobene Wasserstelle und ertrank.

Vatermord in Dinslaken

Zerrüttete Familienverhältnisse

Abends wurde der 43 Jahre alte Maurerpolier Heinrich Mollnau in seiner Wohnung in Dinslaken erschossen aufgefunden. Man nahm zunächst Selbstmord an, doch traten bei der polizeilichen Untersuchung verschiedene Verdachtsmomente hervor, die auf Mord hindeuteten. Der Verdacht der Täterschaft richtete sich gegen den jüngsten 24jährigen Sohn Hermann des Erschossenen, sodaß die Mordkommission mit der weiteren Aufklärung des Falles betraut wurde. Am Mittwochmorgen hat die Ehefrau bei ihrer Vernehmung das Geständnis abgelegt, daß ihr Sohn Hermann den Vater erschossen habe. Der Täter wurde daraufhin der Staatsanwaltschaft Duisburg zugeführt. Zerrüttete Familienverhältnisse sollen die Ursache dieses Vatermordes sein.

Erstochen

Verhängnisvoller Familienstreit

Abends gegen 10 Uhr hat der Fuhrmann Kasper Fischer in Rüdesheim nach einem kurzen Wortwechsel den Chauffeur Anton Barth mit einem Messer in die Lunge gestochen. Der Verletzte lief noch mehrere hundert Meter weit weg und brach dann tot zusammen. Der Täter wurde festgenommen. Die Ursache dieses verhängnisvollen Streites soll in Familienangelegenheiten zu suchen sein.

Das Wetter von heute und morgen

Fortbestand des trockenen und mäßig warmen Wetters

Turnen - Spiel - Sport

Sonnenwendfeier in Radevormwald

Die bergische Turnerjugend trifft sich auch in diesem Jahre wieder zur Feier der Sonnenwende. Das schöne Radevormwald ist diesmal zum Treffpunkt ausersehen, wo man die Turner und Turnerinnen abends 8 Uhr erwartet. Der morgige Samstag dürfte wieder für alle ein Erleben werden. Gegen 9 Uhr erfolgt von dem Marktplatz, wo man sich zur Begrüßung einfinden wird, der Abmarsch zu der Feuerstelle und auch diesmal werden sich viele Jahnjünger um die Flammen scharen.

Für Unterbringung der auswärtigen Turner ist bestens gesorgt, da die dortige Jugendherberge für die Besucher freigehalten ist. Am Sonntagmorgen beginnt der Tag schon um 6 Uhr mit Waldlauf und Körperschule. Nach einem gemeinsamen Gottesdienst marschieren alle zur Wupper, wo man nach kurzem Bad wieder heimwärts wandern wird. Die Feier selbst wird nicht allein für die Jugend, sondern auch für die älteren Turner besondere Anziehungskraft haben, so daß der Gaujugendwart Scharwächter, der über alles getreulich wacht, eine recht große Schar versammelt sehen wird.

Vom Büchertisch

Die Tragödie meines Lebens — Der Preis einer großen Leidenschaft — Ein Schritt vom Wege — Ihr laßt den Armen schuldig werden, und andere packende Lebensromane bringt die soeben erschienene Juli-Nummer der „Wahren Erzählungen und Romane" (Verlag Dr. Selle-Eysler AG, Berlin SO 16). Das reich illustrierte Heft ist für 50 Pfennig überall zu haben.

Diese Ausgabe umfaßt 10 Seiten
einschl. „Landmanns Sonntagsblatt"

Verantwortl. Schriftleiter:
i. V. Josef Maaßen, Burscheid.
Druck und Verlag: Hermann Claas,
Burscheid, Mittelstraße 10.



20

„Das glaube ich! Ist auch so ein lieber, alter Herr!"

„So arg alt ist er noch gar nicht, Fräulein Barbara."

Barbara entschuldigte sich. „Ich dachte nur wegen der weißen Haare."

„Das kommt, weil er soviel durchgemacht hat. So was kommt manchmal über Nacht. Wie gefällt es Ihnen denn auf Schloß Korff?"

„O, sehr gut! Alle sind so fröhlich."

„Hoffentlich bleiben Sie recht lange bei uns. Es wäre zu schade, wenn Sie uns Gesellen so bald wieder im Stich ließen."

„Ich will schon gerne bleiben," sagte Barbara und sah Edward schelmisch an. „Alle sind so nett zu mir. Aber Vater hat zu bestimmen."

„Auch über Ihr Herz, Fräulein Barbara?"

„Ueber mein Herz? Nein!" lachte sie. „Darüber bestimme nur ich selbst."

„Dann merken Sie mich gütigst vor, Fräulein Barbara."

Sie wurde rot, hatte sich aber sofort wieder in der Gewalt. „Nein, vormerken gibt's bei mir nicht. Mein Herz ist doch kein Wohnungsamt. Und dann . . . dann bin ich noch so jung."

„Wie jung sind Sie denn, Fräulein Barbara?"

„Ei, Sie wollen wohl schmeicheln lernen, Edward. Da haben Sie bei mir kein Glück."

„Schmeicheln. Bewahre! Dann will ich mal anders fragen. Wann werden Sie vierzig?"

„Das ist nun wieder eine Frechheit. Aber weil Sie die Wände so schön bemalt haben, will ich es Ihnen sagen. Ich werde in einundzwanzig Jahren vierzig."

„Donnerwetter, da geht's Ihnen wie mir. Haben Sie vielleicht auch zufällig am 1. Mai Geburtstag?"

„Ja!" gestand das Mädchen, aufs höchste überrascht.

Edward klatschte vergnügt in die Hände. „Fräulein Barbara, das ist kein Wink mit dem Zaunspfahl, nein, ein Wink des Schicksals. Das will ich mir immer vor Augen halten."

Ein Geräusch ließ beide die Köpfe nach der Tür wenden. Marion und Esther traten ein, und hinter ihnen folgten zwei Gesellen, die ein Grammophon und Platten trugen.

„Bitte, stellen Sie es hierher!" dirigierte die Tänzerin. „Ja, so ist es richtig. Wer von den Herren will so gütig sein und das Grammophon bedienen?"

Der Berliner verbeugte sich kavaliermäßig.

„Icke, wenn Sie man jestatten. Icke bin een Berliner, un' so sin' wir jewissermaßen Landsleute."

Esther betrachtete den Berliner fröhlich. „Natürlich! Wat Se nich' sag'n. Also denn sputen Se sich man. Een flotten Charleston!"

„Charleston. Nee, so wat ham wir nich' uff Korff. Das is bei uns schonne üwaholt."

„Uewaholt," berlinerte die Tänzerin flott weiter. „Ja, um Jottes willen, wat ham Se denn da? Een Black Bottom valeicht?"

„Nee, nee, jnädiges Frollein. Das is doch schonne eene alte Sache. Wir jehn mit die Neuzeit. Icke hawe hier een janz famosen Tanz. Er heeßt „Round ever" un' is vom Teufel."

„Round ever! Gott, bin ich rückständig, den kenne ich ja noch jar nich'. Mann Jottes, wie is denn der?"

Der Berliner tat wichtig. „Nich' so janz eenfach. Et jeht nämlich ville rundherum, und das kann heute fast niemand von die Jugend mehr. Da sin' se meistens zu bequem jeworden. Passen Se mal uff. Icke will Se's man vormachen."

Vor sich hinpfeifend, begann er allein zu tanzen.

Rund herum, immer rund herum, nur im Abstand von mehreren Takten hielt er inne und stepte ein paar Schritte.

Esther Ristori riß die Augen auf.

„Famos! Und den kenne ich noch nicht. Komm, Marion, den wollen wir gleich probieren."

Der Berliner trat schmunzelnd zum Grammophon und stellte es an. Die Platte spielte den „Schlittschuhläufer" vom Waldteufel.

„Himmlisch," sagte Marion und sah die Freundin glücklich an. „So 'nen schönen, neuen Tanz habe ich noch nicht gelernt."

Das Stepen klappte im ersten Augenblick noch nicht richtig, aber bald hatten sie es beide weg und waren glücklich einen neuen Tanz gelernt zu haben.

Als das Stück ziemlich zu Ende ging, trat Hanno mit der Herzogin ein, ihnen folgte der Comte und Nordensteen.

„Ausgezeichnet," sagte Hanno. „Die Damen tanzen Walzer!"

Walzer . . .!

Mit einem Ruck standen die beiden Tänzerinnen.

„Walzer?" fragte Esther erstaunt. „Das ist doch der neue Tanz Round ever!"

„Round ever!" lachte Hanno laut auf. „Das ist doch unser guter, alter Walzer „Der Schlittschuhläufer" vom Waldteufel mit Step-Einlage.

Esther stand verblüfft, während die Gesellschaft in ein schallendes Gelächter ausbrach.

„O, Sie Berliner, Sie trauriger Landsmann!" fuhr Esther den Berliner an. „Was fällt Ihnen ein, mir so einen Bären aufzubinden!"

Das treuherzige Gesicht des Berliners entwaffnete sie sofort.

„Frollein Ristori, nehm' Se mir's nich' üwel! Icke hawe jedacht, daß wir mit'n Charleston un' dem Black botton schon den Kulmirnationspunkt überschritten hawen. Ru' fang' wir wieder mit'n Walzer an und nenn' ihn bloß: Immer rund herum."

Alles klatschte zu der Rede des Berliners.

Dann ging es an das Auspacken der großen Kisten.

Fürwahr, das war eine Jagdbeute, wie sie glänzender nicht sein konnte. Sechsundzwanzig Jaguare und zweiunddreißig Puma, außer verschiedenen anderen Tierfellen.

Nicht nur die Herzogin war förmlich blaß vor Staunen, auch der Comte gab seiner Anerkennung rückhaltlos Ausdruck.

„Sie sind wirklich ein Jäger!" sprach er begeistert.

„Ich danke Ihnen, Herr Comte. Ihre Anerkennung freut mich ganz besonders. Vielleicht werden wir noch einmal zusammen jagen."

Dabei sah er ihm lächelnd in die Augen.

Den Comte hatten diese Worte eigenartig berührt. Er richtete seine dunklen Augen fragend auf Hanno, der aber hielt dem Blick unbefangen, liebenswürdig stand.

„Es sollte mich freuen, wenn diese Möglichkeit einmal gegeben wäre. Allerdings bin ich kein Jäger mit dem Messer. Darin sind Sie mir voraus, Herr Hanno Tessing."

„Das tut es nicht. Es kommt darauf an, daß man das Wild stellt und zur Strecke bringt."

Hannos Worte waren liebenswürdig hingesprochen, aber es zitterte in ihnen doch ein Unterton, scharf, hart, grausam.

Die sensible Herzogin spürte es, und sie sah in den Augen des Sprechers kalte, unbedingte Entschlossenheit.

War das der Hanno, den sie kennenlernte, der offene, warmherzige Charakter? So ganz anders erschien er ihr jetzt.

Sie ahnte nicht, daß sich Jäger und Wild gegenüberstanden.

12.

Bauernmaskenball in Altenecken.

Am Morgen inspizierte Herr Ehrenklau, der Wirt zum „Bären", noch einmal die festlich geschmückten Räume und rieb sich die Hände. Das wurde nach seiner Ueberzeugung ein Geschäft. Seit Tagen waren alle Eintrittskarten ausverkauft. Nicht nur ganz Altenecken, sondern auch Neuenberg beteiligte sich mit Feuereifer.

Während er so beim Kalkulieren war, brachte ihm der Kellner Jean, der eigens für den Maskenball engagiert war neue telephonische Bestellungen auf Eintrittskarten.

Der „Bären"-Wirt überlegte und fand einen Ausweg.

Der ganze Gasthof mit allen Räumlichkeiten wurde in den Maskenballbetrieb einbezogen. Die Gaststube, oben das kleine Vereinslokal, alles, alles. So war es richtig: Betrieb in sämtlichen Räumen des „Bären". Das klang!

„Jean!"

Wie ein geölter Blitz eilte der dienstbare Geist herbei.

„Monsieur wünschen?"

Herr Ehrenklau glaubte nicht recht gehört zu haben. „Was sagen Sie, Jean? Monsieur? Hier ist Herr Ehrenklau, merken Sie sich das! Also hören Sie zu. Rufen Sie den Weinhändler Brückner in Neuenberg an."

„Sehr wohl!" Schon wollte der Kellner forteilen.

„Jean! Was sind Sie für ein Mensch! Keine Minute können Sie ruhig stehen. Also hören Sie. Er soll mir heute noch hundert Flaschen von dem Effenheimer und fünfzig Flaschen Sekt senden."

Der Kellner machte ein verdutztes Gesicht.

„Sie erwarten wohl ein großes Geschäft, Herr Ehrenklau?"

„Und ob!" Stolz reichte er dem Kellner die Telegramme.

* * *

„Alles fertig?" fragte Hanno, der am Steuer saß.

„Jawohl!" tönte es ihm lustig von allen Seiten entgegen. „Die Fuhre kann man abgehen."

Die Fuhre!

Der Name war wirklich zutreffend. Das Auto war gepfropft voll. Am Steuer saß Hanno, neben ihm Jan, hinten im Wagen bemühten sich die drei Porterschen Damen und Esther, sowie der Comte, Nordensteen und Robert Tessing zu sitzen. Daß da Marion, das vergnügte Girl, auf Robert Tessings Schoß und ebenso Esther bei Nordensteen sitzen mußte, sei nur nebenbei erwähnt.

Aber das tat nichts! Die Stimmung war ausgezeichnet.

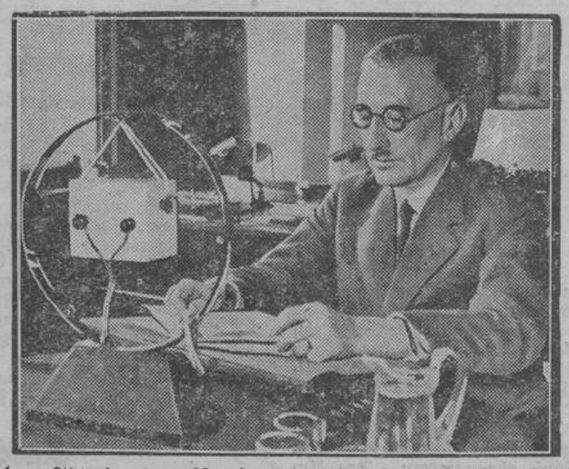
An das Auto war ein Schlitten angehängt. Die Gesellen hatten ihn gebaut und mit Bremsen versehen.

Auf dem Schlitten saßen die sechs Gesellen, der schwarze Wako, und zur Krönung die beiden reizenden Wirtstöchter aus Altenecken. Knapp hatten sie alle Platz. Aber was tat es. Die Hauptsache war, Stimmung, und die war eine geradezu überschäumende.

„Es geht los!

Der Motor ratterte und zog an, ganz sachte erst, um auszuprobieren, wie es mit dem Schlittenanhängsel ging.

Famos ging es. Der Pommer und Anton, die die beiden Bremsen bedienten, arbeiteten exakt, so daß das Auto seine Fahrt etwas verschärfen konnte.



Die „Stunde der Regierung" im Rundfunk eröffnet

Zum erstenmal fanden jetzt die Vorträge von Mitgliedern der Reichsregierung im Rundfunk statt — eine Einrichtung, die nunmehr ständig beibehalten werden soll. Reichsinnenminister Freiherr von Gayl leitete die neue Veranstaltung mit einer kurzen Einführung ein. Wie an anderer Stelle gemeldet wird, spricht er auch am heutigen Freitagabend im Rundfunk

Immerhin fuhr Hanno ganz bedächtig, denn die Straßen waren noch glatt und es gab eine Reihe ganz vertrackter Kurven.

Aber es ging alles gut.

Pepi spielte einen Schlager nach dem anderen, obwohl ihm die Finger in der Kälte klamm zu werden drohten.

Als das Auto die ebene Landstraße nach Altenecken erreicht hatte und man das Dörfchen sehen konnte, gingen die Wogen der Lebensfreude immer höher.

Geradezu gigantische Formen nahm sie an, als das Auto mit dem Schlitten von den Bewohnern Alteneckens stürmisch begrüßt wurde.

Masken liefen lachend neben dem Fahrzeug her. Scherzworte flogen. Ein paar Rangen kletterten sogar auf den Schlitten.

Vor dem Gasthof zum „Bären" empfing sie die Musikkapelle, „Die Amseln aus dem Wiener Wald", wie sie Jan getauft hatte, mit einem pompösen Tusch.

Herr Ehrenklau stand am Eingang und strahlte.

Mit tiefer Verbeugung begrüßte er die Gäste. Jan, den er besonders in sein Bierherz geschlossen hatte, begrüßte er mit beinahe schmerzhaftem Händedruck.

Der Comte half den Damen galant aus dem Wagen, und sie begaben sich in das eigens für sie reservierte Ankleidezimmer, wo sie sich mit Hilfe der beiden Wirtstöchter rasch in ihre Kostüme hüllten und sich maskierten.

Die Herren folgten nach einer halben Stunde.

Jan unterhielt sich mit Ehrenklau. Er hatte sich in einen eleganten Domino verwandelt, während der Wirt einen Landsknecht mimte.

„Zufrieden, Herr Ehrenklau?"

Dröhnend lachte der Wirt auf. „Alles ausverkauft. Alles."

Der Saal füllte sich immer mehr mit Masken. Die Musik begann eben einen feschen Polka. Ein kecker, kleiner Domino strich an Jan vorbei und entführte ihn einfach dem Wirt.

„He, he! Wenn das keine Stimmung wird!"

Jan tanzte mit der kleinen Kecken.

„Hören Sie mal, schöne Maske, Sie tanzen sehr hübsch! Mit Ihnen könnte ich bis in den Himmel tanzen. Wollen wir nachher ein Glas Champaner miteinander trinken?"

Die Maske nickte lächelnd, blieb aber stumm.

„Warum so stumm, meine Allerschönste?" fragte Jan, bei dem sich schon die schönste Stimmung einstellte. „Ich bin doch ein ganz umgänglicher Mensch. Wissen Sie übrigens schon, was für geniale Attraktionen es heute hier gibt?"

Die Maske schüttelte den Kopf.

„Sie reden immer noch nicht. Das ist nicht hübsch! Oder leiden Sie an chronischer Taubstummheit? Na, es wird schon vorübergehen. Also hören Sie . . . sakrament, jetzt komme ich aus dem Takt . . . also hören Sie. Au, mein Hühnerauge! Sie, Herr Erzengel, bitte das nächstemal das andere Bein. Ja! Besten Dank. Ich habe nämlich an jedem Fuße eins. Also, meine schöne Maske . . . Attraktionen! Ich sage Ihnen! Die Haare stehen Ihnen zu Berge. Oder haben Sie einen Bubikopf? Ich will Ihnen erzählen. Erstens . . ."

In diesem Augenblick rutschte er elegant aus.

Lautes Lachen erdröhnte. Er hörte noch seinen schönen Domino kichern und sah ihn verschwinden.

Hilfsbereite Hände stellten Jan wieder auf den Boden der Wirklichkeit.

Er sah sich nach dem kleinen, reizenden Domino um. Verschwunden. „Treulose Schlange!" murmelte er ingrimmig. „Dir erzähle ich nichts mehr von meinen Attraktionen." —

Als die Herzogin in ihrem wundervollen Biedermeierkostüm den Saal betrat, ging ein lautes „Ah!" durch die Reihen der Tanzenden und Zuschauer.

Als sie über das Parkett schritt, bildete sich eine Gasse.

Die Herzogin hatte sich noch nie über ein Kompliment so gefreut wie über das begeisterte „Ah!" des Publikums.

Sie suchte nach den Ihren. Richtig, dort stand ihre Mutter im eleganten Gesellschaftskleid, neben ihr Robert Tessing. Auch er hatte sich nicht kostümiert, trug aber, ebenso wie Mrs. Porter, eine Maske und eine bunte Kappe.

Und Marion? Nirgends war sie zu sehen.

Und die Herrlichkeiten? Sie wußte nicht, in welche Kostüme sie sich geworfen hatten. Auch Hanno hatte sich ihr noch nicht vorgestellt.

Also hieß es aufpassen.

Sie betrachtete die Masken und staunte, denn sie wußte, daß es doch meist Dorfleute und Kleinstädter waren, die sich hier trafen. Sie staunte über die farbenfrohen, originellen Masken. Bäuerische Plumpheit und Derbheit traten nirgends hervor. Die jungen Burschen in ihren mannigfaltigen Kostümen sahen, ebenso wie die weibliche Teilnehmerschaft, schlank und angenehm aus.

„Schöne Maske!"

Sie wandte das Haupt.

Ein eleganter Spanier stand vor ihr und verbeugte sich chevaleresk. Der Comte! Die Herzogin lächelte.

„Herr . . . Comte!"

„Frau Herzogin!"

Dann lachten sie beide. Die Herzogin nahm seinen Arm und mischte sich mit ihm in das Gewühl der Tanzenden.

„Warum erkannten Sie mich gleich, Frau Herzogin, und woran?"

Ihre Blauaugen blitzten schelmisch.

„Der Comte Mario d'Urbanez wird sicher gewußt haben, daß ihn kein anderes Kostüm besser kleiden kann, als das eines Spaniers. Sie verleugnen sich auch in der Maske nicht, Herr Comte."

„Es leuchtet mir ein. Sie mußten mich sofort erkennen. Ich selbst habe Sie nicht erkannt, Frau Herzogin. Nur eines war mir gewiß: die schöne Frau in diesem prächtigen Kostüm kann niemand anderes als die Herzogin von Wincheston sein."

„Ei, Herr Comte! Maskenfreiheit ist nicht Komplimentefreiheit."

„Noch viel mehr! Maskenfreiheit ist . . . Kußfreiheit!"